

KOMMUNAL VERANKERT, WELTWEIT ENGAGIERT

Die deutsche Kommunalwirtschaft in der
Internationalen Entwicklungszusammenarbeit

Gefördert durch

**ENGAGEMENT
GLOBAL**
Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

mit den Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

» INHALT

Grußwort	4
Vorwort	6
01 Kommunale Entwicklungspolitik – ein Überblick	8
1.1 Was ist kommunale Entwicklungspolitik?	9
1.2 Rechtlicher und politischer Rahmen	9
1.3 Fördermöglichkeiten	13
02 Globale Herausforderungen – kommunale Lösungen	14
2.1 Soziale, ökologische und ökonomische Herausforderungen	15
2.2 Das Know-how kommunaler Unternehmen	20
03 Gute Gründe für ein Engagement	22
3.1 Globale Herausforderungen kennen keine Grenzen	23
3.2 Kommunaler Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen	23
3.3 Wechselseitiger Wissens- und Erfahrungsaustausch	23
3.4 Viele Vorteile auch für kommunale Unternehmen	24
04 Die gesamte Palette entwicklungspolitischer Möglichkeiten	26
4.1 Nachhaltigkeit im Unternehmen	27
4.2 Engagement vor Ort	28
4.3 Internationale Partnerschaften	28
05 Blick in die Zukunft Herausforderungen und Perspektiven	30
5.1 Herausforderungen für die Kommunalwirtschaft	31
5.2 Wie sieht die Zukunft aus?	35
5.3 Die Arbeit des VKU	36



„Nachhaltigkeit muss zum Standard,
zum neuen globalen Leitbild werden.
Nicht irgendwann, sondern jetzt!“

Dr. Gerd Müller,
Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Grußwort

Die Welt ist mit einander verbunden wie nie zuvor: Der IT-Support für unsere Notebooks erreicht uns aus Indien, Coltan für unsere Handys stammt aus dem Kongo, und 90 Prozent unserer Kleidung wird in Südostasien genäht. Menschen, Güter, Dienstleistungen, Kapital und Wissen reisen in immer größerer Menge und Geschwindigkeit um die Welt.

Die Globalisierung hat unsere Welt zum Dorf gemacht – das bringt viele Vorteile, aber auch Herausforderungen mit sich. Die wachsende Ungleichheit, der rasante Verlust von Biodiversität, der fortschreitende Klimawandel und nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie führen uns die Schwächen der heutigen Globalisierung dramatisch vor Augen. Würden alle auf der Welt so leben und wirtschaften wie wir in Deutschland, bräuchten wir drei Erden. Wir haben aber nur einen Planeten. Und auf diesen kommen jedes Jahr 80 Millionen Menschen neu hinzu.

Ein „Weiter-so“ ist daher keine Option. Die aktuelle globale Krise ist ein Moment, um darüber nachzudenken, wie wir zukünftig Globalisierung gestalten wollen. Wir dürfen nicht in die alte Globalisierung zurückfallen, sondern müssen dringend umsteuern: wir müssen effizienter mit unseren Ressourcen umgehen und sie nachhaltig managen. Nur so können alle Menschen und auch künftige Generationen ein Leben in Würde auf einem gesunden Planeten führen. Nachhaltigkeit muss zum Standard, zum neuen globalen Leitbild werden. Nicht irgendwann, sondern jetzt!

Die globalen Leitplanken sind vorhanden: im Klimaabkommen von Paris und den 17 Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen; zu denen auch das Ende von Hunger, Armut und Ungleichheit sowie bessere Bildung und Gesundheit für alle Menschen gehören.

Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir bis 2030 keines der 17 Ziele erreichen. Das sind schlechte Nachrichten – denn die Folgen von Armut, Klimawandel und Umweltzerstörung betreffen uns alle, sie gefährden unsere Sicherheit und unser Wohlergehen. Globalisierung gerecht und nachhaltig zu gestalten ist nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch in unserem Interesse.

Der Nachhaltigkeitswandel geht nicht über Nacht. Es braucht Pioniere, die vorangehen. Die deutsche Kommunalwirtschaft ist schon immer Vorreiterin in Puncto Nachhaltigkeit: Sie antizipiert lokale Gegebenheiten und orientiert ihr Wirtschaften am Gemeinwohl. Kommunale Unternehmen sind Experten darin, Lebensbedingungen zu verbessern: Sie ermöglichen eine effiziente Daseinsvorsorge, fördern Ressourcen- und Klimaschutz, sorgen für saubere und lebenswerte Städte und Gemeinden. Das macht sie zu natürlichen Verbündeten und wichtigen Partnern für die Entwicklungszusammenarbeit.

Mit ihrer weltweit gefragten Expertise können kommunale Unternehmen auch das Gemeinwohl in Entwicklungs- und Schwellenländern mitgestalten – sei es beim Aufbau von Wasserleitungen, sauberen Energiequellen oder einer Kreislaufwirtschaft. Über 60 kommunale Unternehmen in Deutschland sind so nicht nur „kommunal verankert“, sondern auch „weltweit engagiert“. Die kommunalen Unternehmen haben zudem eine enorme Marktmacht und können über ihre Beschaffung faire und nachhaltige Lieferketten stärken – zum Beispiel, indem sie Arbeitskleidung mit dem staatlichen Textilsiegel „Der Grüne Knopf“ kaufen.

Solch ein solidarisches Engagement ist wichtiger denn je. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert daher den Austausch und die Zusammenarbeit kommunaler Unternehmen über die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bei „Engagement Global“. Denn die globalen Herausforderungen, vor denen wir stehen, lösen wir nur gemeinsam – oder gar nicht. Dafür müssen wir alle global denken und lokal handeln.

Helfen auch Sie mit, die Leitprinzipien der Kommunalwirtschaft – Nachhaltigkeit, Gemeinwohlorientierung und Innovation – ins globale Dorf zu tragen! Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und hoffe, diese Broschüre inspiriert und motiviert Sie, sich zu engagieren!

Berlin, Mai 2021

Dr. Gerd Müller,
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung



„Als Spitzenverband der deutschen Kommunalwirtschaft fördert der VKU das developmentpolitische Engagement seiner Mitgliedsunternehmen.“

Ingbert Liebing
Hauptgeschäftsführer

Vorwort

Kommunale Unternehmen und internationale Entwicklungszusammenarbeit – ein Widerspruch? Keineswegs! Es sind großartige Partnerschaften auf Augenhöhe, vertrauensvoll und langfristig auf den Wissenstransfer ausgelegt, in denen alle Partner voneinander lernen können, oder in denen nachhaltiges Engagement weltweit den Unterschied machen kann.

Kommunale Unternehmen verfügen in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge über wertvolles Expertenwissen. Für uns in Deutschland bedeutet dies ein im internationalen Vergleich außerordentlich hohes Niveau öffentlicher Daseinsvorsorgeleistungen. Die Erfahrung und die Expertise kommunaler Unternehmen werden aber nicht nur in Deutschland besonders geschätzt, sondern sind aufgrund ihrer elementaren Bedeutung für die Verbesserung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Bedingungen auch in Entwicklungs- und Schwellenländern weltweit gefragt.

In vielen Ländern und Regionen der Welt könnte ein breites und verlässliches Angebot an Daseinsvorsorgeleistungen den Weg in eine eigenverantwortliche und selbstbewusste Entwicklung weisen. Aktuell haben beispielsweise rund 2,2 Milliarden Menschen, also über 30 Prozent der Weltbevölkerung, keinen Zugang zu sauberem und sicherem Trinkwasser.

Kommunale Unternehmen können sich in unterschiedlichster Weise developmentpolitisch engagieren und einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen in anderen Teilen der Welt leisten: Wasser- und Energieversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung oder Telekommunikation – die Bandbreite eines möglichen Engagements ist äußerst vielseitig. Ebenso viele Möglichkeiten ergeben sich für die kommunalen Betriebe bei der Intensität des Engagements: Dieses reicht von der nachhaltigen Beschaffung von Arbeitskleidung über die Beratung internationaler Akteure bis hin zur Initiierung und Pflege langfristig ausgelegter internationaler Partnerschaften.

Die Vorteile für die Partner in Entwicklungs- und Schwellenländern liegen auf der Hand. Doch auch die deutschen kommunalen Unternehmen können in vielfältiger Weise von ihrem developmentpolitischen Engagement profitieren.

In einer global vernetzten Welt erfordert der internationale Klima- und Umweltschutz auch grenzüberschreitende Anstrengungen. Daneben können deutsche kommunale Unternehmen im Rahmen eines internationalen Engagements wichtige Erfahrungen machen, neues Wissen generieren und ihre Attraktivität als Arbeitgeber steigern.

Als Spitzenverband der deutschen Kommunalwirtschaft fördert der VKU das developmentpolitische Engagement seiner Mitgliedsunternehmen. Wir weisen kommunale Unternehmen auf die Handlungsmöglichkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit hin, unterstützen bei der Aufnahme von Kontakten in Entwicklungs- und Schwellenländern, greifen bei der Mittelakquise unter die Arme und begleiten engagierte Betriebe bei der Durchführung von Projekten. Der VKU steht dazu in engem Kontakt mit der Politik, relevanten Akteuren der Developmentpolitik und Ansprechpartnern im In- und Ausland.

Das vorliegende Whitepaper reiht sich nahtlos in die developmentpolitische Arbeit des VKU ein. Es stellt die relevanten rechtlichen und politischen Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit dar, weist auf globale Herausforderungen hin und beschreibt die Bedeutung und die Handlungsmöglichkeiten kommunaler Unternehmen im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Darüber hinaus werden bestehende Probleme und Herausforderungen für kommunale Betriebe verdeutlicht und Perspektiven der kommunalwirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit gezeichnet. Das Whitepaper soll nicht nur eine Grundlage für interessierte und engagierte Unternehmen darstellen, sondern auch zur Diskussion und zum unternehmens- und organisationsübergreifenden Ideenaustausch anregen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre! Anschließend können Sie unter www.vku.de/internationales weiterlesen, konkrete Beispiele recherchieren oder Ansprechpartner finden. Ich freue mich über einen Austausch!

Berlin, Mai 2021

Ingbert Liebing
Hauptgeschäftsführer



01 > KOMMUNALE ENTWICKLUNGSPOLITIK EIN ÜBERBLICK

1.1 Was ist kommunale Entwicklungspolitik?

Kommunale Entwicklungspolitik bezeichnet die Summe aller kommunalpolitischen Maßnahmen, Mittel und Programme, die Kommunen einsetzen und ergreifen, um die nachhaltige Entwicklung vor Ort und in ihren Partnerkommunen des Globalen Südens zu fördern.¹

Nach dieser Definition wird unter dem Begriff der kommunalen Entwicklungspolitik nicht nur das kommunale Engagement im Ausland oder die Aufnahme internationaler Partnerschaften verstanden, sondern auch Maßnahmen im Inland, wie faire und nachhaltige Beschaffung, oder Informations- und Bildungsmaßnahmen. Die Definition lässt schnell erkennen, dass die Palette entwicklungspolitischen Engagements auf kommunaler Ebene sehr breit ist. Mindestens genauso divers wie die Möglichkeiten entwicklungspolitischer Aktivitäten sind die Akteure in der deutschen (kommunalen) Entwicklungszusammenarbeit.

Neben Kommunalverwaltungen, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft zählen hierzu auch die kommunalen Unternehmen, die mit ihrer Fachexpertise im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur oftmals fundamentale Beiträge leisten können. Neben dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ), den Landesregierungen und den kommunalen Spitzenverbänden² erhält somit auch der VKU eine zentrale Bedeutung als Akteur in der kommunalen Entwicklungspolitik.

1.2 Rechtlicher und politischer Rahmen

Was dürfen kommunale Unternehmen?

Auch wenn die Außenkompetenz und damit auch die Kompetenz im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit auf Bundesebene zu verorten sind, ist kommunale Entwicklungspolitik aus rechtlicher Perspektive im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Kommunen und der grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung grundsätzlich zulässig.

Der Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung ist jedoch mitnichten ein Freifahrtschein für kommunales Handeln im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Eine grundsätzliche Bedingung ist, dass trotz der internationalen Natur entwicklungspolitischer Maßnahmen ein Bezug zur örtlichen Gemeinschaft ersichtlich sein muss.³ Folglich muss die kommunale Entwicklungspolitik auch eine Wirkung auf kommunaler Ebene entfalten. Nach gängiger Rechtsauslegung ist diese Voraussetzung jedoch bereits dann gegeben, wenn die in den entwicklungspolitischen Projekten tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre dabei gewonnene (internationale) Erfahrung in ihre Kommunen und Betriebe einbringen oder eine Weiterqualifikation, bspw. die Steigerung der interkulturellen Kompetenz, im Zusammenhang der Projekte festgestellt werden kann.

Wichtig ist daneben, dass Kommunen und kommunale Unternehmen im internationalen Umfeld nur auf einer äquivalenten politischen oder administrativen Ebene, also auf lokaler Ebene, tätig werden dürfen. Ferner bedeutet dies für kommunale

¹ Katrin Fröhlich, Bernd Lämmlin: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise. Hrsg.: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, 2009 (S.11 ff.)

² Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Städtetag

³ Vgl. Johannes Wolpert: Rechtlicher Rahmen und staatliche Verankerung, in: Fröhlich, Katrin/Lämmlin, Bernd: Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland, Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise, Hrsg.: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn, 2009, S. 156 ff.

Unternehmen, dass eine Zusammenarbeit nur mit internationalen Betrieben, Unternehmen oder Grundversorgern der gleichen Branche oder innerhalb vergleichbarer Aufgabenbereiche zulässig ist. Demnach können sich deutsche Abfallwirtschaftsbetriebe nicht im Bereich des Breitbandausbaus international engagieren.

Eine weitere Einschränkung entwicklungspolitischer Möglichkeiten lässt sich zudem im Gegenstand des betreffenden Engagements ausmachen: Kommunen und kommunale Unternehmen dürfen nur in denjenigen Bereichen entwicklungspolitisch aktiv werden, die nach deutschem Rechtsverständnis als Angelegenheiten der Kommunen zu bezeichnen sind. Unumstritten ist dabei, dass hierzu insbesondere die öffentliche Daseinsvorsorge zählt, wie sie von kommunalen Unternehmen tagtäglich sichergestellt wird.

Schließlich sollte ein Tätigwerden in der Entwicklungszusammenarbeit auch mit dem jeweiligen Gesellschaftsvertrag oder den in der Satzung definierten Unternehmenszielen vereinbar sein.

Rechtssicherheit für kommunale Unternehmen

Ergänzend beantwortete eine Studie der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) diverse juristische Fragen in Bezug auf das entwicklungspolitische Engagement kommunaler Unternehmen. Demnach umfasst die in Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes garantierte kommunale Selbstverwaltung auch die kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Speziell wird dadurch zugleich die Wahlfreiheit der zu nutzenden Organisationsform eingeräumt, welche sowohl privat- als auch öffentlich-rechtliche Unternehmen impliziert.

Ein wichtiges Ergebnis der SKEW-Rechtsstudie: Für die Finanzierung entwicklungspolitischer Aktivitäten kann grundsätzlich nicht auf Gebühren zurückgegriffen werden. Die betreffenden kommunalen Unternehmen sind auf Ansprüche der Trägerkommune oder Finanzmittel aus Förderprogrammen angewiesen. Insgesamt muss das entwicklungspolitische Engagement kommunaler Unternehmen den kommunalabgaben- und kommunalvermögensrechtlichen Vorgaben entsprechen. Demnach können eigene Mittel, die aus zweckgebundenen Beiträgen oder Gebühren entstammen, nicht für entwicklungspolitische Zwecke genutzt werden. Dies gilt auch für die Berechnung privatrechtlicher Entgelte in Geschäftsbereichen ohne Wettbewerb, wie beispielsweise der Wasserversorgung.

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit stellt nach Einschätzung der genannten Studie eine wirtschaftliche Betätigung dar, die nach Vorgaben des Gemeindefinanzrechts zulässig ist. Zu beachten sind hierbei die unterschiedlichen landesrechtlichen Gegebenheiten, welche eine wirtschaftliche Betätigung un-

terschiedlich eng definieren. Je nach Landesrecht ist es demnach bei Vorliegen einer derartigen wirtschaftlichen Betätigung erforderlich, eine entsprechende Genehmigung der Kommunalaufsicht einzuholen.

Kommunale Unternehmen müssen daher stets prüfen, in welchem Umfang ein entsprechendes Engagement für ihr Unternehmen aufgrund der jeweiligen Vorgaben des Landesrechts, der Unternehmensverfassung und der Vorstellungen der Kommune sowie der Kommunalaufsicht möglich ist.

Politische Rückendeckung auf allen Ebenen Kommunale Entwicklungspolitik auf Bundesebene

Zentraler und treibender Akteur im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit auf Bundesebene ist das zuständige Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das BMZ betont die Bedeutung der kommunalen Ebene für die deutsche Entwicklungspolitik. Demnach eignen sich Kommunen und kommunale Akteure in besonderer Weise, da diese aufgrund ihrer Bürger- und Verbrauchernähe die Bevölkerung besser erreichen und für die Themen Nachhaltigkeit, Umwelt- und Klimaschutz sowie eine globale und sozialverträgliche Entwicklung sensibilisieren und aktivieren können.

In diesem Zusammenhang misst das BMZ den kommunalen Unternehmen in Deutschland eine besondere Bedeutung auf zwei Ebenen bei:

- Als Beschaffer mit einer erheblichen Nachfragemacht können kommunale Unternehmen einen wichtigen Beitrag zur globalen Einhaltung sozialer und ökologischer Standards in Liefer- und Wertschöpfungsketten leisten.
- Durch das spezifische Know-How kommunaler Unternehmen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge können sie ihr Wissen und ihre Erfahrung gewinnbringend in der Entwicklungszusammenarbeit einsetzen.

Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller sieht die Kommunen und kommunalen Unternehmen als Schlüsselakteure für Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und die Umsetzung der 2015 vereinbarten SDGs.⁴ Vor allem das Wissen und Können in den Bereichen Wasser, Abwasser, Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Energie und Telekommunikation macht kommunale Unternehmen zu wichtigen und gesuchten Partnern in der Entwicklungszusammenarbeit. Auch der 15. Entwicklungspolitische Bericht der Bundesregierung (2017) betont, dass Partnerschaften zwischen Kommunalunternehmen in Deutschland und den Partnerländern weiter ausgebaut werden sollen.



⁴ SDGs: Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen

Daneben indiziert auch die Vielzahl zur Verfügung stehender Fördermöglichkeiten und Unterstützungsangebote von Seiten des BMZ und der SKEW die Relevanz der kommunalen Ebene in der Entwicklungszusammenarbeit. Die jährlichen Mittel zur Förderung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit haben sich demnach von 5 Mio. Euro auf 14 Mio. Euro gesteigert.

Eng damit verknüpft rückt das Thema nachhaltiger und fairer Welthandel auf bundespolitischer Ebene zunehmend in den Fokus. Bereits der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD zur 19. Wahlperiode erwähnt neben dem entwicklungspolitischen Potential der kommunalen Ebene die Förderung fairer und ökologisch nachhaltiger Liefer- und Wertschöpfungsketten.

Darauf aufbauend hat sich das Bundeskabinett auf ein Gesetz für faire Lieferketten, das so genannte Sorgfaltspflichtengesetz, verständigt. Es verpflichtet Unternehmen ab einer bestimmten Größe, die Einhaltung fairer Kriterien bei ihren unmittelbaren und unter bestimmten Voraussetzungen auch mittelbaren Zulieferern zu beachten. Bestrebungen zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Rechtsrahmens für sozial- und umweltverträgliche Liefer- und Wertschöpfungsketten sind derzeit erkennbar.

„Die Ausbeutung von Mensch und Natur sowie Kinderarbeit darf nicht zur Grundlage einer globalen Wirtschaft und unseres Wohlstandes werden.“

Dr. Gerd Müller, MdB
Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung

Kommunale Entwicklungspolitik in den Ländern

Auch die Bundesländer bekennen sich zu ihrer weltweiten Verantwortung und zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Ein Großteil der deutschen Länder hat dazu bereits eine Nachhaltigkeitsstrategie und/oder entsprechende entwicklungspolitische Leitlinien beschlossen. Letztere schließen oftmals auch ausdrücklich die kommunale Ebene in die Entwicklungspolitik mit ein. Daneben lassen sich auch aus den jeweiligen Landesverfassungen wohlwollende Haltungen gegenüber der (kommunalen) Entwicklungszusammenarbeit ableiten. Folglich war das Thema bereits häufiger Gegenstand diverser Ministerpräsidenten- oder Innenministerkonferenzen. Zuletzt wurde das Engagement kommunaler Unternehmen in der Entwicklungszusammenarbeit durch einen entsprechenden Beschluss der Frühjahrskonferenz der Innenminister im Jahr 2019 ausdrücklich unterstützt. Neben der kommunalen Entwicklungspolitik in Gänze wurde dabei auch die Bedeutung der kommunalwirtschaftlichen Expertise und Erfahrung in der Entwicklungszusammenarbeit betont.

(Die IMK) unterstreicht, dass dabei auch kommunale Entwicklungs- oder „Know-how“-Partnerschaften einen Beitrag leisten können. Dies gilt ebenso für das Engagement von kommunalen Unternehmen mit ihrem besonderen Betriebs- und Organisationswissen zu Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur

Beschluss der 210. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder

Wichtige Wegmarken der kommunalen Entwicklungspolitik

Bereits im Oktober 2008 hat der Ministerrat der Europäischen Union die „Europäische Charta zur Unterstützung lokaler Regierungshandelns“ verabschiedet. Im Juni 2010 fasste dann auf nationaler Ebene der Bund-Länder-Ausschuss Entwicklungszusammenarbeit einen Beschluss zur kommunalen Entwicklungspolitik. Unter anderem wurde dabei ein gemeinsames Verständnis von Rollen und Schwerpunkten kommunaler Entwicklungspolitik formuliert und ein Arbeitsprogramm zur Ermutigung und Stärkung des kommunalen entwicklungspolitischen Engagements vereinbart.

Jüngst sind seit 2017 Bestrebungen in der Ständigen Konferenz der Innenminister und -Senatoren (Innenministerkonferenz – IMK) zur Stärkung des entwicklungspolitischen Engagements in Kommunen erkennbar. In der Frühjahrssitzung 2019 der IMK wurde ein entsprechender Beschlussvorschlag eingebracht und einstimmig von den Innenministern angenommen. Der Beschluss aus 2019 betont, dass die Entwicklungszusammenarbeit der Kommunen einen Beitrag zur Agenda 2030 und zur Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele der UN (SDGs) leistet. Kommunen und kommunale Unternehmen tragen somit durch ihr entwicklungspolitisches Engagement in Deutschland und international zur Selbstverpflichtung Deutschlands zur Umsetzung der Agenda 2030 bei. Essenziell für die kommunalen Unternehmen ist im Zuge des IMK-Beschlusses aus dem Jahr 2019, dass diese explizit genannt und der besondere Wert ihres Betriebs- und Organisationswissens in der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur betont werden. Die kommunalwirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit erfährt damit eine aussagekräftige politische Rückendeckung! Der VKU hat sich an dieser Stelle ausdrücklich gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden dafür eingesetzt, dass die positive Botschaft im Beschlussvorschlag verankert wird.

1.3 Fördermöglichkeiten

Für ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten dürfen kommunale Unternehmen vielfach nicht auf eigene finanzielle Mittel zurückgreifen. Diverse Fördermöglichkeiten von Bund und Ländern ermöglichen daher erst die Finanzierung von Delegationsreisen zur Anbahnung von Partnerschaften, Analysen und Durchführbarkeitsstudien, Pilot- und Initialprojekte sowie von konkreten langjährigen Projekten, Partnerschaften und Personalstellen im eigenen Unternehmen. Für nahezu jedes Vorhaben bestehen Fördermöglichkeiten. Aufgrund der Vielzahl von Mittelgebern und Fördermöglichkeiten ist es jedoch nicht immer einfach, den Überblick zu behalten. Erschwerend kommt hinzu, dass jede Förderlinie individuelle Voraussetzungen bei den antragstellenden Akteuren berücksichtigt und beispielsweise den Kreis der förderfähigen

Projekte und Institutionen sowie die Projektlaufzeit vorab festlegt. Zudem ist der administrative Aufwand bereits in der Phase der Antragstellung sehr hoch. Daneben gilt es auch die jeweiligen Zielsetzungen der Förderungen zu beachten, um die richtige Förderung finden und erfolgreich beantragen zu können.

Der VKU fördert das entwicklungspolitische Engagement seiner Mitgliedsunternehmen. Neben der Unterstützung bei der Vernetzung mit nationalen und internationalen Akteuren, der Identifikation geeigneter Projekte und rechtlichen Beratungsleistungen greift der VKU seinen Mitgliedsunternehmen auch bei der Identifikation geeigneter Förderlinien unter die Arme. Unter anderem bietet Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zahlreiche Möglichkeiten, die auf die kommunale Entwicklungspolitik zugeschnitten sind.

Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik (KPF)

Projekte zur Unterstützung einer global nachhaltigen Entwicklung in der eigenen Kommune und/oder einer internationalen Partnerkommune

Fördersumme
1.000–50.000 EUR

Website

Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa)

Gemeinsames Entwickeln lokaler Lösungsansätze im Sinne der Agenda 2030/ Realisierung konkreter Projekte

Fördersumme
50.000–250.000 EUR

Website E-Mail

Koordination kommunaler Entwicklungspolitik (Kepol)

Einrichtung einer Personalstelle zur Koordination kommunaler Entwicklungspolitik

Fördersumme
Personalkosten (EG11–EG13), zusätzliche Mittel für Projekte, Reisen, Fortbildungen

Website E-Mail

Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit (FKPW)

Personelle Unterstützung der Partnerkommunen oder Kommunalverbände im Globalen Süden

Fördersumme
Finanzielle Mittel auf Grundlage des jeweiligen Arbeitsvertrages.

Website

Senior Experten Service (SES)

Einsatz von Fach- und Führungskräften im Ruhestand in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Fördersumme
SES-Experten/Expertinnen arbeiten grundsätzlich im Ehrenamt. Dennoch sind unterschiedliche finanzielle Förderungen möglich.

Website E-Mail

ASA-Programm

Werkstatt globalen Lernens für Auszubildende und Werkstudenten

Fördersumme
regelmäßige Programme zur Bewerbung

Website

02 > GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN KOMMUNALE LÖSUNGEN

2.1 Soziale, ökologische und ökonomische Herausforderungen

Wir sehen uns einer Vielzahl globaler Herausforderungen gegenüber. Die 2015 verabschiedeten SDGs verdeutlichen, an welchen Stellen es weitere Anstrengungen benötigt, um weltweit für nachhaltige Entwicklung und bessere Umwelt- und Lebensbedingungen zu sorgen.

Globale Herausforderungen machen nicht vor nationalen Grenzen halt. Durch die zunehmende Verflechtung der Welt profitieren wir nicht nur von Vorteilen, wie den globalen Handelsströmen. Auch negative Entwicklungen in anderen Teilen der Welt wirken sich direkt oder indirekt auf unser Leben und unsere Umwelt in Deutschland und Europa aus.

Angesichts der mannigfaltigen Anzahl und der hohen Diversität und Komplexität globaler Probleme und Herausforderungen ist es nur sehr schwer, einen strukturierten Überblick zu behalten.

Das entwicklungspolitische Engagement kommunaler Unternehmen leistet jedoch in vielen Bereichen einen besonderen Beitrag zu weltweiter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung sowie dem globalen Umwelt- und Klimaschutz.

Klimawandel

Der globale Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit und ist eng mit anderen Problematiken und Fragestellungen, wie der Energiewende oder dem Umweltschutz, verknüpft. Daneben bedingt der Klimawandel negative Folgewirkungen, wie Extremwetterereignisse oder das Ansteigen des Meeresspiegels. Die Länder des Globalen Südens sind von diesen Folgewirkungen in besonderer Weise betroffen.

Auch in Europa spüren wir zunehmend die Folgen des Klimawandels. Bedingt durch die weltweiten Auswirkungen des globalen Klimawandels, erfordert ein erfolgreicher Klimaschutz weltweites Handeln und eine enge Zusammenarbeit der globalen Gemein-

schaft. Ohne koordiniertes weltweites Handeln ist bis zum Ende des Jahrhunderts mit einer weltweiten Erderwärmung um 3 °C zu rechnen⁵.

Bei der Anpassung an den globalen Klimawandel sowie bei der Förderung einer weltweiten klimaverträglichen Entwicklung kommt dem Globalen Süden eine besondere Bedeutung zu. Einerseits, weil das dortige Bevölkerungswachstum in Zukunft zu einem enormen Mehrbedarf an Fläche, Energie, Wasser und Lebensmitteln führen wird. Andererseits bieten viele Schwellen- und Entwicklungsländer optimale Voraussetzungen für den Aufbau und den Betrieb einer nachhaltigen Industrie und Infrastruktur sowie einer umwelt- und klimaverträglichen Energieversorgung. Diese und weitere Punkte verdeutlichen eindrucksvoll das Potential der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit Ländern und Akteuren des Globalen Südens bei der Bekämpfung des weltweiten Klimawandels.



Die Folgen des weltweiten Klimawandels sind vor allem in der Arktis deutlich zu erkennen.



Die Entsorgung von Plastikmüll in den Meeren führt zu erheblichen Beeinträchtigung ganzer Ökosysteme.

⁵ UN-Generalsekretär Guterres bei seiner Rede im Deutschen Bundestag am 18.12.2020



Eine mangelhafte Wasserversorgung führt zu zahlreichen Folgeproblemen und verhindert beispielsweise den Zugang zu Bildung für viele Menschen in Entwicklungsländern.

Schutz der natürlichen Lebensgrundlage – Umgang mit Abfällen, Recycling und nachhaltige Ressourcennutzung

In den Ländern des Globalen Nordens wurde die Notwendigkeit der Themen Abfallvermeidung und -minimierung, Schadstoffeliminierung und Recycling erkannt. In vielen Teilen der Welt fehlt es hingegen oftmals an den notwendigen Voraussetzungen zum Aufbau einer nachhaltigen Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Folglich werden Haushalts- und Siedlungsabfälle nicht gesammelt, entsorgt oder behandelt. Daneben werden Kunststoffe und Elektronikaltgeräte nicht oder nicht fachgerecht recycelt und anfallende Bioabfälle werden nur zu einem geringen Anteil verwertet.

Die Folgen sind nicht nur schwerwiegende Umweltbeeinträchtigungen wie die Entsorgung von Abfällen in Gewässer oder die Freisetzung toxischer Chemikalien und gefährlicher Stoffe. Auch die Gesundheitssituation und die Hygiene in den betreffenden Ländern werden dadurch maßgeblich negativ beeinträchtigt. Beispielsweise verursacht die nicht fachgerechte Zerlegung und Verwertung von Elektromüll toxischen Qualm und erhebliche Schadstoffbelastungen in der Luft. Darüber hinaus gelangen auch Quecksilber und Schwermetalle ungefiltert in das Grundwasser oder oberirdische Gewässer.

Durch die unsachgemäße Sammlung und Verwertung von Müll werden nicht nur Menschen und Umwelt schwerwiegend beeinträchtigt, sondern wird auch viel Potential auf dem Weg von einer linearen Wirtschaft zur Kreislaufwirtschaft verschwendet. Die Etablierung nachhaltiger Konzepte zur Wiederverwertung von Abfällen in unterschiedlichster Form leistet somit nicht nur einen Beitrag zur weltweiten Verringerung von Abfällen, sondern auch zur Schonung begrenzter Ressourcen und unserer natürlichen Lebensgrundlage.

Trinkwasserversorgung, sanitäre Ausstattung und Abwasserbehandlung

2,2 Milliarden Menschen oder fast 30% der Weltbevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Der rasche Anstieg der Weltbevölkerung und der Klimawandel leisten ihren erschwerenden Beitrag zur Verschärfung der globalen Wasserknappheit. Schwellen- und Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika sind von dieser Entwicklung in besonderer Schwere betroffen.

Die weltweite Wasserkrise führt nicht nur direkt zu einer Unterversorgung mit sicherem Trinkwasser, sondern bildet auch die



Viele Regionen des Globalen Südens beherbergen ein immenses Erneuerbare-Energien-Potential. So bietet Marokko beste Voraussetzung für die Erzeugung von Solarstrom oder Wasserstoffproduktion.

Grundlage für Folgeprobleme wie das Vorhandensein extremer Armut, die Verhinderung von Schulbildung⁶ oder die Befeuerung (bewaffneter) Konflikte.

Zudem verfügen 10% der Menschen nicht über grundlegende sanitäre Einrichtungen, die tägliche Hygienemaßnahmen erlauben. So sind „open defecation“⁷ oder Entbindungen unter unhygienischen Bedingungen in vielen Regionen der Welt noch weit verbreitet. Darüber hinaus wirken sich nicht oder mangelhaft vorhandene Sanitäreinrichtungen negativ auf die Verbreitung von Krankheiten und die Gesundheitssituation der betroffenen Menschen aus. Die Corona-Pandemie hat die Bedeutung einer zuverlässigen Wasserversorgung und der Hygiene für die Vermeidung von Krankheiten erneut verdeutlicht. Selbstverständliche Hygienemaßnahmen, wie das tägliche Händewaschen, können in vielen Ländern des Globalen Südens nicht ohne Weiteres durchgeführt werden. Unterschiedliche Krankheiten, wie beispielsweise Cholera, werden somit aufgrund mangelhafter hygienischer Rahmenbedingungen zur tödlichen Gefahr.

Schließlich beeinträchtigt die zunehmende Wasserknappheit die Funktion globaler und lokaler Ökosysteme. Der Wassermangel hat dabei nicht nur direkte negative Folgen für die Pflanzen- und Tierwelt, sondern führt aufgrund einer nicht oder mangelhaft durchgeführten Abwasserentsorgung und -aufbereitung zu teils erheblichen Umweltbeeinträchtigungen, indem Abwasser ungeeignet und mit einer Vielzahl von Schadstoffen in die Umwelt gelangt.

Saubere und zuverlässige Energieversorgung

Eng verknüpft mit dem Klimawandel und Bedingung für eine erhebliche Reduzierung des weltweiten CO₂-Ausstoßes ist eine nachhaltige und umweltverträgliche Energieerzeugung und -versorgung. Ungefähr zwei Drittel der klimaschädlichen Treibhausgase entstammen dem Energiesektor, beispielsweise bei der Stromproduktion oder beim Heizen. Daneben steigt die globale Nachfrage nach Energie in Verbindung mit zunehmendem technischen Fortschritt und dem rasanten Bevölkerungswachstum stark

⁶ Viele Kinder sind gezwungen tagtäglich lange Strecken auf sich zu nehmen, um an Trinkwasser zu gelangen. Dies verhindert, dass die betroffenen Menschen die Schule besuchen oder sich anderweitig fortbilden können.

⁷ Aufgrund mangelnder Sanitäreinrichtungen sind viele Menschen in Entwicklungsländern gezwungen, ihre Notdurft im Freien zu verrichten.



Der „Global Humanitarian Overview 2021“ der Vereinten Nationen führt die Corona-Pandemie zu einem drastischen Anstieg extremer Armut weltweit.

an. Auch deshalb ist der Energiesektor ein zentrales Element des Pariser Klimaabkommens und ein wichtiger Anknüpfungspunkt, um die Erderwärmung zu begrenzen. Auf dieser Grundlage ist es notwendig, den Anteil erneuerbarer Energien am globalen Energiemix zu steigern und die Energieeffizienz zu erhöhen. Die Energieversorgung der Zukunft muss weltweit bedarfsgerecht, zuverlässig und nachhaltig sein.

Daneben ist der Aspekt der Energiesicherheit eine elementare Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und Armutsverminderung. Es ist daher von zentraler Bedeutung, dass die Industrie ebenso wie private Haushalte über eine ausreichende Energieversorgung verfügt. Ferner ist eine bedarfsgerechte und zuverlässige Energieversorgung eine Grundvoraussetzung für viele Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Betrieb eines Krankenhauses, die Versorgung mit sauberem Trinkwasser oder die Beleuchtung und Beheizung von Schulen – für all diese Leistungen ist eine verlässliche Energieversorgung unabdingbar. Damit erhalten der Wissenstransfer im Bereich der Energieversorgung und der Aufbau einer flächendeckenden

Energieversorgungsinfrastruktur eine vorrangige Bedeutung in der Entwicklungszusammenarbeit.

Weltweit zeichnen sich zunehmende Fortschritte beim Ausbau einer nachhaltigen Energieversorgung ab. In Deutschland und Europa sind wir auf den Import von Energie angewiesen. Das werden wir auch in Zukunft sein. Perspektivisch wird sich unsere internationale Energieversorgung aber wandeln: Aus Gas aus Russland oder Öl aus dem Nahen Osten wird Solarstrom aus der Sahara oder Wasserstoff aus Nordafrika. Die Länder des Globalen Südens sind damit nicht nur Zielländer der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch gefragter und umworbener Partner bei der Gestaltung der Energiewende auf nationaler und internationaler Ebene.

Armut weltweit bekämpfen

Auch wenn der Anteil der Menschen in extremer Armut⁸ bis 2015 auf 10% der Weltbevölkerung gesenkt werden konnte, bereiten die aktuelle Corona-Pandemie und ihre ökonomischen Folgen

Grund zur Sorge. Das UNU World Institute for Development Economics Research (UNU-WIDER) warnt davor, dass die globale Armut erstmals seit 30 Jahren wieder ansteigen könnte.⁹ Auch ohne diesen Anstieg lässt sich Armut als eines der größten Probleme der Gegenwart bezeichnen.

Die überwiegende Mehrzahl der von extremer Armut betroffenen Menschen lebt in Subsahara-Afrika. Armut führt dazu, dass grundlegende Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts wie eine zuverlässige Gesundheitsversorgung, Zugang zu Bildung oder die Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln nicht befriedigt werden können.

Extreme Armut beeinträchtigt die Lebensbedingungen von mehr als 700 Millionen Menschen weltweit. Sie verhindert ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung und stellt darüber hinaus eine zentrale Ursache für Flucht dar.

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum und fairer Welthandel

Diverse Faktoren und Entwicklungen belasten viele Volkswirtschaften der Welt. Es entstehen zunehmend Konflikte dabei, unterschiedliche Aspekte wie Umweltschutz, Ressourcenknappheit oder gesellschaftliche Entwicklung, mit dem nationalen und globalen Wirtschaftswachstum zu versöhnen. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum bringt also ökonomische, ökologische und soziale Entwicklungsziele miteinander in Einklang.

Als Folge der Corona-Pandemie ist jedoch mit einer globalen Rezession und mit einem Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze in allen Teilen der Welt zu rechnen. Die International Labour Organization (ILO) geht aktuell davon aus, dass nahezu die Hälfte der weltweiten Erwerbsbevölkerung vom Verlust des Arbeitsplatzes und damit ihrer Existenzgrundlage bedroht ist. Ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum verbessert somit die Lebensbedingungen von Menschen, schafft Arbeitsplätze und Wohlstand, ohne die Umwelt oder das Weltklima zu belasten.

Arbeitsplätze allein schaffen jedoch keine Wertschöpfung für die Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern, zumal wenn sie mit ausbeuterischen Arbeitsbedingungen und extrem niedrigen Löhnen einhergehen.

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in produzierenden Schwellen- und Entwicklungsländern stellt eine enorme Herausforderung dar. Kinder- und Zwangsarbeit, mangelhafter Arbeitsschutz, niedrige Löhne und Diskriminierung am Arbeitsplatz sind nur einige Aspekte der Schattenseite globaler Liefer- und Wertschöpfungsketten. Diese Schattenseiten sind entlang der gesamten Wertschöpfungskette vieler Produkte zu erkennen. Folglich ist es wichtig, den weltweiten Konsum nachhaltiger und sozialverträglicher auszugestalten und die Arbeitsbedingungen der Menschen in Schwellen- und Entwicklungsländern dahingehend

zu verbessern, dass gesellschaftliche Entwicklung auf Grundlage fairer Arbeitsbedingungen und gerechter Löhne ermöglicht wird.

Herausforderungen lokal lösen – nachhaltige Städte und Kommunen

Die Palette globaler Herausforderungen, denen sich die Weltgemeinschaft gegenübersteht, weist eine Vielzahl teils hochkomplexer Interdependenzen auf. Alle haben jedoch gemeinsam, dass sich die lokale Ebene als Ausgangspunkt für Entwicklung und Nachhaltigkeit eignet. Auch deshalb erhält die lokale Ebene mit SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ einen besonderen Stellenwert innerhalb der 2015 vereinbarten Nachhaltigkeitsziele. Damit wurde auch die Bedeutung der deutschen Städte, Gemeinden und Kreise als Akteure in einer global vernetzten Welt gestärkt.

Umwelt- und Klimaschutz, nachhaltige Ressourcennutzung, Energiewende, extreme Armut, fairer Welthandel und viele weitere globale Herausforderungen können lokal angegangen werden. Dafür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden und die lokale Ebene in die Lage versetzt werden, soziale und ökonomische Entwicklung zu ermöglichen und bessere Lebensbedingungen auf Basis umweltschonender Lösungen für die Menschen vor Ort zu realisieren.



Der Lohnanteil einer Näherin eines Marken T-Shirts liegt gerade einmal bei 0,6 %

⁸ Menschen, die weniger als 1,90 USD pro Tag zur Verfügung haben.

2.2 Das Know-how kommunaler Unternehmen

Die kommunale Ebene ist nicht nur aufgrund ihrer Nähe zum Bürger, sondern auch mit Blick auf die vielgestaltige Expertise, die auf lokaler Ebene beheimatet ist, ein wichtiges Element in der Entwicklungszusammenarbeit. Die kommunale Expertise ist unweigerlich mit der Kommunalwirtschaft verknüpft und besteht zu einem Großteil aus der Erfahrung und den vielgestaltigen Fachkenntnissen kommunaler Betriebe im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Das breite Spektrum kommunalwirtschaftlicher Daseinsvorsorgeleistungen und die tiefgreifenden Erfahrungen in den Bereichen Wasser, Abwasser, Energie, Abfall und Telekommunikation machen kommunale Unternehmen zu wichtigen und gefragten Akteuren der deutschen Entwicklungspolitik.

Das kommunalwirtschaftliche Wissen kann auf ganz unterschiedliche Weise einen Beitrag zur internationalen Entwicklung leisten: durch die Förderung nachhaltigen Verhaltens im Unternehmen, die Beratung internationaler Akteure oder ein konkretes Engagement vor Ort zum Aufbau von Infrastruktur und Kapazitäten im Bereich der Daseinsvorsorge.



Die VKU-Mitgliedsunternehmen der **Wasserwirtschaft** garantieren die zuverlässige Versorgung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser sowie die fach- und umweltgerechte Entsorgung und Wiederaufbereitung von Abwasser. Beispielsweise können durch moderne Analytik und Behandlungstechniken Spurenstoffe bis hin zu geringsten Schadstoffen nachgewiesen und aus dem Wasserkreislauf entfernt werden.

Dieses Wissen wird in vielen Regionen der Welt händeringend benötigt. Viele Länder, wie beispielsweise Jordanien, leiden unter erheblicher Wasserknappheit. In anderen Staaten liegt hingegen keine oder eine nur eingeschränkt funktionsfähige Infrastruktur zur Abwasserentsorgung und -wiederaufbereitung vor. In beiden Fällen kann das kommunalwirtschaftliche Wissen gewinnbringend eingesetzt werden, um die Wasserversorgungssicherheit gewährleisten und die Lebens- und Gesundheitsbedingungen in vielen Teilen der Welt verbessern zu können.

Die Mitgliedsunternehmen des VKU, die im Bereich der **Abfallwirtschaft** tätig sind, verfügen über ebenso notwendige Erfahrungen und Kenntnisse, wie sie in vielen Regionen des Globalen Südens dringend benötigt werden. Die kommunale Abfallwirtschaft kann ihre Erfahrung in allen fünf Stufen der Abfallhierarchie, von der Vermeidung bis hin zur Beseitigung, auch in der Entwicklungszusammenarbeit einbringen.

Von der Sensibilisierung der lokalen Bevölkerung im Hinblick auf die Vermeidung von Abfällen über die Implementierung von Kapazitäten zur Wiederverwertung von Wertstoffen oder zur Produktion von Sekundärrohstoffen und Rezyklaten bis hin zur Beratung von Akteuren im Umgang mit gefährlichen Abfallstoffen – das Wissensspektrum der Abfallwirtschaft ist äußerst breit gefächert.

Hinzu kommen sehr konkrete Unterstützungsangebote wie beispielsweise die Lieferung von außer Dienst gestellten Müllsammelfahrzeugen und die Schulung des Personals an diesen Fahrzeugen unter Aspekten der Arbeitssicherheit und langfristigen Reparatur bzw. Instandhaltung. Auch das Engagement in der PREVENT Abfall Allianz für einen Austausch von Abfallunternehmen, Herstellern sowie Beratern gehört hier dazu.

Damit können die kommunalen Betriebe einen direkten Beitrag zur Vermeidung und zur fachgerechten Verwertung von Müll in Ländern des Globalen Südens, zur Etablierung einer weltweiten Kreislaufwirtschaft und zur Ressourcenschonung sowie zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Menschen vor Ort leisten.



Die kommunalen **Energieversorger** bringen die komplette Bandbreite energiewirtschaftlichen Know-hows in die Entwicklungszusammenarbeit ein. Von der Energieerzeugung mit überwiegend erneuerbaren Energien bis hin zum Verteilnetz. Daneben leisten die kommunalen Unternehmen bereits in Deutschland einen wichtigen Beitrag zur Energiewende und zu einer nachhaltigen Energieversorgung und sind Vorreiter im Bereich Smart Grids, Smart Metering oder Erneuerbare und Wasserstoff sowie digitaler Lösungen für zukunftsweisende Energiedienstleistungen

In vielen Regionen des Globalen Südens ist eine zuverlässige Energieversorgung keine Selbstverständlichkeit. Viele ländliche Gebiete sind sogar vollständig von den Energienetzen ausgeschlossen. Die kommunale Energiewirtschaft verfügt hier über ein umfangreiches Erfahrungswissen, um eine dezentrale Energieversorgungsinfrastruktur zu planen, einzurichten und zu betreiben. Durch die Implementierung einer nachhaltigen und zuverlässigen Energieerzeugung kann die Energiewirtschaft nicht nur die Lebensqualität vor Ort erheblich steigern und eine Perspektive für wirtschaftliche Entwicklung schaffen, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz.



Breitband ist moderne Daseinsvorsorge und kommunale Unternehmen sind der Wegbereiter. Auch international benötigt Digitalisierung, ebenso wie gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung, eine leistungsfähige Infrastruktur in Stadt und Land. In Deutschland leistet die Kommunalwirtschaft bereits einen zentralen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in urbanen und ruralen Regionen, indem sie den Breitbandausbau auch in länd-

lichen Regionen, die für wirtschaftlich getriebene Unternehmen grundsätzlich unattraktiver sind, vorantreiben.

Diese Gemeinwohlorientierung und die technische Expertise, die die kommunalen Unternehmen in der **Telekommunikation** auszeichnen, sind auch in der Entwicklungszusammenarbeit sehr gefragt. Auch wenn entwicklungspolitische Projekte im Bereich des Breitbandausbaus und der Telekommunikation auf kommunalwirtschaftlicher Seite noch Neuland wären, lässt die Diskussion in Fachkreisen einen Bedarf in Entwicklungs- und Schwellenländern erkennen.



Neben den spezifischen Spartenkenntnissen kommunaler Unternehmen verfügt die deutsche Kommunalwirtschaft über weitere Kenntnisse in **Querschnittsbereichen**. In

Verbindung mit dem zuvor angeführten Know-how im Bereich der digitalen Infrastrukturen sind kommunale Unternehmen auch Experten in der Digitalisierung öffentlicher Versorgungsleistungen, der Digitalisierung von Geschäftsmodellen sowie in der Cybersicherheit im Bereich der kritischen Infrastruktur. Damit einhergehend können kommunale Unternehmen auch einen Beitrag zur Modernisierung des privaten und öffentlichen Personenverkehrs sowie in puncto nachhaltige Verkehrsdienstleistungen und der dafür notwendigen Infrastruktur leisten.

Betriebsspezifische Kenntnisse im Bereich der Aufbau- und Ablauforganisation in Versorgungsunternehmen, der Preiskalkulation von Versorgungsdienstleistungen, im Themenkomplex Human Resources sowie in der Organisation einer dezentralen Daseinsvorsorge runden die Vielfalt kommunalwirtschaftlicher Fachexpertise ab.



03 > GUTE GRÜNDE FÜR EIN ENGAGEMENT

3.1 Globale Herausforderungen kennen keine Grenzen

Globale Probleme machen nicht vor nationalen Grenzen halt. Dies wird vor allem bei Herausforderungen wie dem Klimawandel, der zunehmenden Wasserknappheit und der Vermüllung der Meere deutlich. Die zunehmende Vernetzung verschiedenster Aspekte des Lebens und wechselseitige Interdependenzen führen dazu, dass wir in unseren Kommunen mittelbare Folgewirkungen aus Ereignissen und Entwicklungen in eigentlich weit entfernten Regionen der Welt spüren.

Umgekehrt spüren viele Menschen in Entwicklungsländern auch die Folgen unserer – auch individuell oder auf kommunaler Ebene getroffenen – Entscheidungen. Entschließen wir uns dazu, faire und ökologisch nachhaltige Kriterien in unseren Kauf- und Konsumententscheidungen zu berücksichtigen, trägt dies auch zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für viele Menschen in den produzierenden Ländern des Globalen Südens bei.

Gleichzeitig sind wir vor dem Hintergrund der Energiewende und angesichts globaler Märkte immer mehr auf die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern angewiesen. Beispielsweise werden wir zur Deckung unseres Bedarfs an grüner Energie zunehmend auf den Energieimport aus Schwellen- und Entwicklungsländern angewiesen sein.

All diese Aspekte der weltweiten Vernetzung führen dazu, dass wir unser Handeln auf lokaler und individueller Ebene nicht losgelöst von Entwicklungen auf internationaler Ebene betrachten können. Um die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen zu können, müssen auch unsere Kommunen global denken.

3.2 Kommunalen Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen

In Deutschland ist eine öffentliche Daseinsvorsorge auf hohem Niveau selbstverständlich. Das ist nicht überall so. In großen Teilen der Welt sind viele Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie der Zugang zu sauberem Trinkwasser oder eine zuverlässige Energieversorgung, nur eingeschränkt oder im schlimmsten Fall gar nicht vorhanden

Aus unserer guten ökonomischen Situation, unserer exzellenten Versorgung und unserem hohen Lebensstandard erwächst auch eine moralische Verantwortung, denjenigen Menschen zu helfen, denen der Zugang zu den grundlegendsten Versorgungsleistungen versperrt ist.

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen definiert hierzu 17 Nachhaltigkeitsziele, um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung sowie den Umwelt- und Klimaschutz weltweit zu verbessern. In sechs dieser Ziele können kommunale Unternehmen die erfolgreiche Umsetzung der Agenda 2030, und zwar in den Bereichen Wasser, Energie, Infrastruktur, nachhaltige Städte, Klima- und Umweltschutz sowie nachhaltiger Handel und Konsum, direkt beeinflussen. Mittelbar trägt das entwicklungspolitische Engagement kommunaler Unternehmen zudem zur Erreichung weiterer Zielsetzungen der SDGs bei.

3.3 Wechselseitiger Wissens- und Erfahrungsaustausch

Auch für die entwicklungspolitisch engagierten kommunalen Betriebe ergeben sich Vorteile aus der internationalen Zusammenarbeit. Das Bild und die Ansprüche der deutschen Entwicklungspolitik haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Aus der Hilfe wurde zunehmend eine Zusammenarbeit. Die deutsche Entwicklungspolitik basiert heutzutage nicht mehr auf dem einseitigen Wissens- und Mitteltransfer aus dem Globalen Norden in den Globalen Süden. Vielmehr werden die Länder und Regionen, in denen die deutsche Bundesregierung entwicklungspolitisch aktiv ist, als gleichberechtigte internationale Partner betrachtet. Dieses Verständnis von Entwicklungspolitik lässt sich auch auf die kommunale Entwicklungspolitik übertragen.

Das entwicklungspolitische Engagement kommunaler Unternehmen ist keine Einbahnstraße, sondern lebt vom Wissens- und Erfahrungsaustausch mit internationalen Partnern. Die Partnerbetriebe aus dem Globalen Süden sehen sich unterschiedlichen Herausforderungen gegenüber, die wir noch nicht oder nur in abgeschwächter Form kennen. Folglich verfügen die Kommunen und kommunalen Betriebe in Entwicklungs- und Schwellenländern über vielseitige und umfangreiche Kenntnisse, beispielsweise im Umgang mit diversen Folgen des Klimawandels wie



Extremwetterereignissen oder dem Betrieb von Versorgungsinfrastruktur unter extremen klimatischen Bedingungen. Daneben bietet sich für die deutschen Betreiber die Möglichkeit, ihr Wissen und ihre Expertise in einem vollkommen neuen klimatischen, geographischen und gesellschaftlichen Umfeld einzubringen und zu testen. Schließlich erhalten die engagierten Betriebe im Rahmen eines internationalen Engagements die Chance, andere Organisations- und Führungskulturen kennenzulernen.

Insgesamt können sich die unterschiedlichen Erfahrungen und Kenntnisse deutscher und internationaler Partner gegenseitig ergänzen und befruchten. Das Projekt Betreiberplattform zeigt diese Chancen exemplarisch und eindrücklich auf. Im Rahmen langjährig ausgelegter Partnerschaften legen deutsche und internationale Versorgungs- und Entsorgungsbetriebe aus dem Wassersektor Kooperationsfelder fest, in denen ein regelmäßiger Wissens- und Erfahrungsaustausch stattfindet. Auch wenn im Zuge der Betreiberpartnerschaften der Aufbau von Kapazitäten in den internationalen Partnerländern des Globalen Südens im Fokus steht, sind sich dennoch alle Betreiberpartner einig, dass der wechselseitige Austausch auch für die deutsche Seite viel Potential birgt und daher auch als zentraler Bestandteil der Partnerschaften zu betrachten ist.

3.4 Viele Vorteile auch für kommunale Unternehmen

Neben der Generierung neuen Wissens und neuer Erfahrungen ergeben sich weitere Vorteile, die ein developmentpolitisches Engagement für kommunale Unternehmen besonders attraktiv gestalten.

Durch ein developmentpolitisches Engagement ist es den Betrieben möglich, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sinnstiftende und spannende Projekte, unter anderem auch mit Reisen und Aufenthalt im Ausland, anzubieten. Angesichts des zunehmenden Wettbewerbs um die besten Köpfe kann dies einen erheblichen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber leisten. Somit ist es nicht nur möglich, Fachkräfte für eine Tätigkeit im jeweiligen kommunalen Unternehmen zu gewinnen, sondern auch Experten und wertvolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig zu halten.

Darüber hinaus bietet die internationale Zusammenarbeit für die eingebundenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Chance, ergänzend zum bereits genannten Wissens- und Erfahrungsaustausch weitere Softskills zu entwickeln. Somit erhalten die

in der internationalen Zusammenarbeit eingebundenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, ihre interkulturelle Kompetenz oder ihre Sprachfertigkeiten (bspw. Englisch oder Französisch) erheblich zu verbessern.

Kommunale Unternehmen genießen aufgrund ihrer Gemeinwohlorientierung in Deutschland bereits einen guten Ruf. Durch ein developmentpolitisches Engagement erhalten kommunale Unternehmen die Möglichkeit, ihre Reputation weiter zu verbessern, indem sie auch auf internationaler Ebene zu einer Verbesserung der Versorgungssituation und Lebensbedingungen sowie zum Klima- und Umweltschutz beitragen. Die vereinzelt angeführte Kritik, dass Gebühren und Entgelte der Kunden in Deutschland zur Querfinanzierung developmentpolitischer Projekte genutzt werden, die eigentlich nicht Bestandteil der Kernaufgaben kommunaler Betriebe sind, kann klar widerlegt werden: Das developmentpolitische Engagement wird komplett oder zu einem überwiegenden Teil durch Mittel aus Förderprogrammen von Bund, Ländern, Wirtschaft oder der Zivilgesellschaft gestemmt.

Schließlich bietet die Entwicklungszusammenarbeit für kommunale Betriebe die Möglichkeit, neue Märkte zu erschließen oder bei der Erarbeitung oder Entwicklung innovativer und zukunftsweisender Geschäftsmodelle eine Vorreiterstellung in Deutschland einzunehmen.

Das beste Beispiel hierfür ist eine potentielle Beteiligung kommunaler Betriebe am Aufbau von Kapazitäten, Anlagen und Infrastruktur zur Produktion von grünem Wasserstoff. Die europäische Nachbarschaft, konkret Nordafrika und der Mittlere Osten, bieten beste Voraussetzungen hierfür. In Zusammenarbeit mit Akteuren aus Staat, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft sowie internationalen Partnern können kommunale Unternehmen nicht nur ihre umfangreiche Expertise einbringen, sondern sich auch als innovativer Vorreiter und essenzieller Akteur im Bereich der internationalen Wasserstoffzusammenarbeit positionieren.



Gute Gründe für ein developmentpolitisches Engagement kommunaler Unternehmen:

- 1 Neue und globale Herausforderungen erfordern globale Lösungen. Kommunale Unternehmen können im Kleinen einen wertvollen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz sowie zur besseren Funktionstüchtigkeit globaler Kreisläufe leisten. Die Verbesserung der Lebensbedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern ist zudem ein elementarer Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen.
- 2 Probleme wie die zunehmende Vermüllung der Meere betreffen uns mittelbar auch in Deutschland. Durch die Schaffung einer funktionierenden und nachhaltigen Infrastruktur in Entwicklungs- und Schwellenländern, können hier bereits Lösungen an der Quelle gefördert werden.
- 3 Der Erfahrungsaustausch mit Betreibern in Entwicklungs- und Schwellenländern ist keine Einbahnstraße. Auch deutsche kommunale Unternehmen können in diversen Bereichen neue Erfahrungen machen und Wissen generieren – beispielsweise im Umgang mit Extremwetterereignissen und weiteren Folgewirkungen des globalen Klimawandels.
- 4 Die Möglichkeit, in einem internationalen Umfeld zu arbeiten und sinnstiftende Projekte in entfernten Regionen zu begleiten, schafft interessante Anreize für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und steigert die Attraktivität der eigenen Arbeitgebermarke.
- 5 Kommunale Unternehmen, die sich developmentpolitisch engagieren und im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel, Umweltverschmutzung, Wasserknappheit und Armut aktiv sind, können dies im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit gewinnbringend einsetzen und ihr öffentliches Ansehen steigern.



Ambitionierte Ziele: Mit der Agenda 2030 hat sich die Weltgemeinschaft 17 Ziele für eine soziale, umweltverträgliche und eine wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung gesetzt. Einen kompakten Überblick und detaillierte Beschreibungen bieten die Vereinten Nationen auf ihrer Seite [sdgs.un.org/goals](https://www.un.org/goals).



04 > DIE GESAMTE PALETTE ENTWICKLUNGSPOLITISCHER MÖGLICHKEITEN

Die Möglichkeiten eines entwicklungspolitischen Engagements von Seiten kommunaler Unternehmen ist so facettenreich und unterschiedlich wie die Erfahrung und die Expertise, die die Betriebe in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen. Von der nachhaltigen Beschaffung unterschiedlicher Produkte im eigenen Unternehmen bis hin zur Initiierung und Pflege langfristiger internationaler Partnerschaften mit Betrieben oder Kommunen des Globalen Südens ist einiges möglich.

4.1 Nachhaltigkeit im Unternehmen

Kommunale Unternehmen können auch ohne ein konkretes Engagement vor Ort einen Beitrag zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung in Regionen des Globalen Südens leisten und darüber hinaus zum Klima- und Umweltschutz beitragen. Kommunale Betriebe beschaffen nicht selten große Mengen unterschiedlichster Produkte. Vom Papier und Büromaterial bis hin zu Fahrzeugen und Großgerät – nahezu täglich werden in kommunalen Unternehmen Produkte eingekauft oder konsumiert, die als Ergebnis globaler Liefer- und Wertschöpfungsketten in anderen Regionen der Erde hergestellt werden.

Globale Wertschöpfungsketten sind Existenzgrundlage für über 450 Millionen Menschen. Deutschland ist so intensiv in internationale Lieferketten eingebunden wie keine zweite große Industrienation. Im Zuge einer zunehmenden weltwirtschaftlichen Verflechtung in der Vergangenheit wurden die umweltschädlichen und mit schmutziger Arbeit verbundenen Industriezweige zunehmend in andere Weltregionen verlagert, vorrangig in Schwellen- und Entwicklungsländer in Südostasien oder Afrika. Dort zeigt der weltweite Handel auch seine Schattenseiten und verursacht hohe Belastungen für Menschen und Umwelt. Kinder- und Zwangsarbeit, Hungerlöhne, gefährliche Arbeitsbedingungen, Diskriminierungen am Arbeitsplatz und erhebliche Beeinträchtigungen der Umwelt sind nur einige Beispiele, die die Herausforderungen am Ausgangspunkt unseres Konsums verdeutlichen. Wir in Deutschland profitieren angesichts unverhältnismäßig günstiger Konsumpreise davon, dass Menschen weltweit teils unter verheerenden Bedingungen arbeiten.

Die Schäden entstehen jedoch nicht nur vor Ort. Trotz Ausgliederung der Produktion in diese Länder zahlen auch wir in Deutsch-

land und Europa den Preis für ausbeuterische und umweltschädliche Wertschöpfungsketten, beispielsweise in Form des globalen Klimawandels.

Die kommunalen Unternehmen in Deutschland verfügen hierbei angesichts der großen Mengen zu beschaffender Produkte über eine große Nachfragemacht und über einen wichtigen Hebel zur Korrektur der genannten Dysfunktionen des Welthandels. Durch die Beschaffung fairer Produkte können die Arbeitsbedingungen der Menschen in den produzierenden Ländern erheblich verbessert, die Löhne erhöht und Maßnahmen zum Schutz der Umwelt und zur CO₂-Reduktion ergriffen werden.

Die Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Münster (AWM) sind ein Lernort mit Auszeichnung für Bildung zum Thema nachhaltig Entwicklung. Zudem beschaffen die AWM seit mehreren Jahren Berufs- und Arbeitskleidung aus sozial und ökologisch nachhaltiger Produktion.

So einfach dies in der Theorie klingen mag, so schwierig ist die Umsetzung in der Beschaffungspraxis. Umso wichtiger sind deshalb Gütezeichen und unabhängige Nachweise, die bei der fairen und ökologisch nachhaltigen Beschaffung eine wichtige Stütze darstellen können. Das Webportal „Kompass Nachhaltigkeit“ bietet umfangreiche Informationen zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, zu neuen Produktgruppen, Gütezeichen und Siegeln und bietet Ausschreibungsbeispiele sowie Hinweise zu entsprechenden Anbietern in kompakter Form an.



Umfangreiche Informationen zum Thema nachhaltige Beschaffung bietet der Kompass Nachhaltigkeit unter:
www.kompass-nachhaltigkeit.de

Im Bereich der fairen und nachhaltigen Beschaffung von Berufs- und Arbeitskleidung bietet die Geschäftsstelle Grüner Knopf zahlreiche Informations- und Beratungsleistungen:
Geschäftsstelle Grüner Knopf
www.gruener-knopf.de
info@gruener-knopf.de
Tel. +49 30 338 424 - 777

4.2 Engagement vor Ort

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit für kommunale Unternehmen, entwicklungspolitische Projekte in Kommunen des Globalen Südens vor Ort und in Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren umzusetzen. Bei der Festlegung der Durchführung, der Projektinhalte sowie der Intensität des Engagements bieten sich zahlreiche Möglichkeiten.

Auch hier sind die Möglichkeiten eines Engagements vor Ort sehr divers. Von der Beratung und Ausbildung lokaler Versorgungsunternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern durch deutsche kommunale Unternehmen bis hin zur konkreten Unterstützung beim Aufbau und Betrieb von Anlagen und Infrastruktur sind diverse Formen entwicklungspolitischer Aktivitäten denkbar. Bei allen Möglichkeiten ist das Ziel eines entwicklungspolitischen Engagements vor Ort fast immer der Wissenstransfer. Kommunen und lokale Versorgungs- und Entsorgungsbetriebe in Entwicklungs- und Schwellenländern sollen nicht nur beim Aufbau einer modernen Daseinsvorsorge unterstützt, sondern auch zu Expertinnen und Experten ihrer eigenen Infrastruktur ausgebildet werden. Dafür sind der direkte Austausch sowie eine Präsenz vor Ort essenziell und unerlässlich. Zur Beratung, Ausbildung und Durchführung von Projekten reisen Delegationen deutscher kommunaler Unternehmen regelmäßig in Länder des Globalen Südens und unterstützen ihre internationalen Partner in unterschiedlichster Form vor Ort.

In den Bereichen Wasserver- und Abwasserentsorgung sowie in der Abfallwirtschaft kann die deutsche Kommunalwirtschaft bereits auf umfangreiche Erfahrungen aus diversen Projekten in unterschiedlichen Regionen der Welt zurückgreifen.

Beispielsweise hat der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband (OOVV) in Kooperation mit der Buffalo City Metropolitan Municipality (BCMM) in East London, Südafrika, ein hydrologisches Modell erarbeitet, mit dessen Hilfe sich insbesondere die Auswirkungen des Klimawandels auf die künftige Verfügbarkeit von Oberflächenwasserressourcen untersuchen lassen. Durch das Modell wird die Beurteilung des Risikos eines zeitweisen Wasserdefizits in der betreffenden Metropolregion erheblich verbessert und somit ein essenzieller Beitrag zur Anpassung der Region an die Folgen des Klimawandels geleistet. Im Rahmen des Projekts haben sich vor allem die integrierten Studierendenaustauschprogramme und wiederkehrende Expertenworkshops mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Praxis als erfolgreich erwiesen. Für die Zukunft strebt sowohl die deutsche als auch die internationale Seite Folgeprojekte und eine Vertiefung der Zusammenarbeit an.

„I am quite excited with the progress of the cooperation project. Credits to the entire go-Cam team. We look forward to future milestones.“⁹

Nceba Ncunzana
Head of Directorate of Infrastructure at
Buffalo City Metropolitan Municipality

Auch HAMBURG WASSER engagiert sich intensiv in der Entwicklungszusammenarbeit. Von 2013 bis 2019 hat der Hamburger Wasserbetrieb die Inbetriebnahme und den Regelbetrieb einer Kläranlage in der Stadt Nablus in den palästinensischen Autonomiegebieten eng begleitet und unterstützt. Daneben konnte bis zum Abschluss des Projekts im Jahr 2019 sichergestellt werden, dass die palästinensischen Kollegen den Betrieb und die Wartung der Kläranlage selbstständig durchführen und dabei die landesspezifischen Grenzwerte für Wasser und Abwasser einhalten können. Erfolgsrezept der langjährigen Projektdurchführung war die enge Zusammenarbeit zwischen deutschen und palästinensischen Experten sowie die in drei Phasen gegliederte Projektkonzeption.

„Raus aus dem Arbeitsalltag in einem deutschen Großbetrieb, rein in die Arbeitssituation des eigenen Projekts vor Ort bedeutet für unsere Mitarbeiter eine exzellente persönliche und berufliche Weiterentwicklung, was wiederum gut ist für unseren Betrieb in Deutschland.“⁹

Christian Günner
Mitglied der Geschäftsleitung
HAMBURG WASSER

Die Ziele der bilateralen Kooperation konnten vollumfänglich erreicht und ein nachhaltiger Beitrag zur ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung konnte geleistet werden. Die ausgesprochen gute und langjährige Zusammenarbeit hat eine solide Vertrauensbasis geschaffen, auf deren Grundlage weitere Kooperationen in Bereichen wie der Trinkwasserversorgung durchgeführt werden sollen.

Über diese zwei Beispiele hinausgehend konnten kommunale Unternehmen ihre Expertise in vielen weiteren Vorhaben und Vor-Ort-Projekten einbringen und Erfahrungen in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sammeln. Die breite Erfahrung unterstreicht nicht nur den Umfang entwicklungspolitischer Aktivitäten von Seiten der deutschen Kommunalwirtschaft, sondern bietet auch eine solide Grundlage für künftige Projekte und einen reichen Erfahrungsschatz für kommunale Unternehmen, die erstmals entwicklungspolitisch tätig werden möchten.

4.3 Internationale Partnerschaften

Aus punktuellen entwicklungspolitischen Projekten und Kooperationen können auf Dauer ausgelegte Partnerschaften entstehen. Alternativ können derartige Partnerschaften mit Kommunen, Infrastrukturbetreibern und anderen lokalen Akteuren in Ländern des Globalen Südens auch von Anfang an Ziel und zentraler Gegenstand eines entwicklungspolitischen Engagements sein.

Unabhängig vom Zustandekommen internationaler Partnerschaften erfordern diese sowohl von deutscher als auch von internationaler Seite ein besonderes Engagement.

Partnerschaften sollen langfristig bestehen und nachhaltige Erfolge erzielen. Dafür ist es unausweichlich, strategische Ziele zu definieren und einen institutionalisierten Rahmen der Zusammenarbeit zu schaffen. Dieser umfangreiche Einsatz lohnt sich jedoch, da internationale Partnerschaften in besonderer Weise für einen gegenseitigen Erfahrungs- und Wissensaustausch prädestiniert sind. Beide Seiten erhalten so die Möglichkeit, im Rahmen einer dauerhaften Zusammenarbeit voneinander zu profitieren.

Hinzu kommt, dass die Vorteile der internationalen Kooperation und Kollaboration erst in langfristig ausgelegten Partnerschaften ihre volle Wirkung entfalten können. Eine langfristige und institutionalisierte Zusammenarbeit schafft gemeinsame Kommunikations- und Arbeitsmodi und erleichtert somit die Befassung mit strategischen Zielsetzungen über mehrere Projektphasen hinweg und einer größeren Diversität einzelner Vorhaben. Von der gemeinsamen Erstellung von Durchführbarkeitsstudien über die Planung von Pilotprojekten bis hin zur Implementierung lassen sich alle Dimensionen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit integrieren. Durch bestehende langfristig ausgelegte Partnerschaftvereinbarungen können unterschiedliche Projekte mit ein und demselben Partner in Entwicklungs- und Schwellenländern umgesetzt werden. Die zu Beginn einer entwicklungspolitischen Zusammenarbeit notwendige „Kennenlernphase“ einschließlich grundlegender Koordinierungen und Abstimmungen entfällt, wenn die beteiligten Akteure konstant gleich bleiben.

Darüber hinaus entfalten langfristige Kooperationen weitere Vorteile neben den konkreten entwicklungspolitischen Projektzielen. So kann die interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig geschult, unterschiedliche Bereiche des kommunalen Betriebs können integriert und ein freundschaftliches internationales Netzwerk aufgebaut werden.

Eine besondere Bedeutung erhält in diesem Zusammenhang das Projekt „Betreiberplattform zur Stärkung von Partnerschaften kommunaler Unternehmen weltweit“, kurz Betreiberplattform. Ziel des Projektes ist es, langfristige Kooperationen zwischen deutschen und internationalen kommunalen Betreibern aus dem Wassersektor zu initiieren und einen Austausch auf Fachebene,

also von „Ingenieur zu Ingenieur“, zu etablieren. Neben der angestrebten Ebene des internationalen Austausches stellt die langfristig ausgelegte internationale Zusammenarbeit zwischen den Betreiberpartnern einen Markenkern der Betreiberplattform dar. So sollen die Partnerschaften auch über den Zeitraum der bisher bestehenden Förderung hinaus fortgeführt werden und nachhaltige Erfolge erzielen.

Aktuell sind folgende Partnerschaften in der Betreiberplattform aktiv:

- **Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband**
Régie Autonome de Distribution d'Eau et d'Electricité de Marrakech RADEEMA (Marrakesch, Marokko)
- **HAMBURG WASSER**
Miyahuna (Amman, Jordanien)
- **Gelsenwasser**
Lukanga Water Supply and Sanitation Company Limited (Kabwe, Sambia)
- **Stadtentwässerung Dresden**
Vodokanal (Lwiw, Ukraine)

Die Betreiberplattform wird durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und als Kooperationsprojekt der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Engagement Global (EG) mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) umgesetzt. Die Entwicklung und Durchführung der Betreiberplattform erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und der German Water Partnership (GWP).

Langfristige Partnerschaften leisten einen wertvollen Beitrag zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit und wirken nachhaltig auf beiden Seiten. Sie schaffen auf Dauer angelegte Kooperationsformen und tragen somit zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung auf unterschiedlichen Ebenen bei.



Über die Betreiberplattform knüpfen deutsche Betriebe Verbindungen mit internationalen Betrieben aus dem Wassersektor. Perspektivisch soll das Konzept auch auf andere Sparten der öffentlichen Daseinsvorsorge übertragen werden.

Quelle: VKU, eigene Darstellung

⁹ Aus Best-Practice-Beispiel auf VKU-Webseite unter <https://www.vku.de/themen/daseinsvorsorge/daseinsvorsorge-international/engagiert>

05 > BLICK IN DIE ZUKUNFT – HERAUSFORDERUNGEN UND PERSPEKTIVEN

Kommunale Unternehmen bringen sich bereits aktiv und vielseitig in der Entwicklungszusammenarbeit ein. Damit dieses Engagement der deutschen Kommunalwirtschaft auch in Zukunft erhalten bleibt und weiterentwickelt werden kann, benötigt es die richtigen Rahmenbedingungen.

Der VKU unterstützt seine Mitgliedsunternehmen bei allen Herausforderungen, die sich im Zusammenhang ihres Engagements ergeben. Die Kommunalwirtschaft muss über ihre entwicklungspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten aufgeklärt und, orientiert am Bedarf der Betriebe, mit passenden Informations-, Beratungs- und Förderangeboten unterstützt werden.

Darüber hinaus gilt es, Hürden unterschiedlichster Natur abzubauen und die rechtlichen Anforderungen so auszugestalten, dass der Einstieg und ein langfristiges Engagement in der Entwicklungspolitik für Betriebe jeglicher Größenordnung attraktiv sind.

All dies erfordert eine politische und zivilgesellschaftliche Rücken- deckung und geeignete Rahmenbedingungen auf allen Ebenen!

5.1 Herausforderungen für die Kommunalwirtschaft

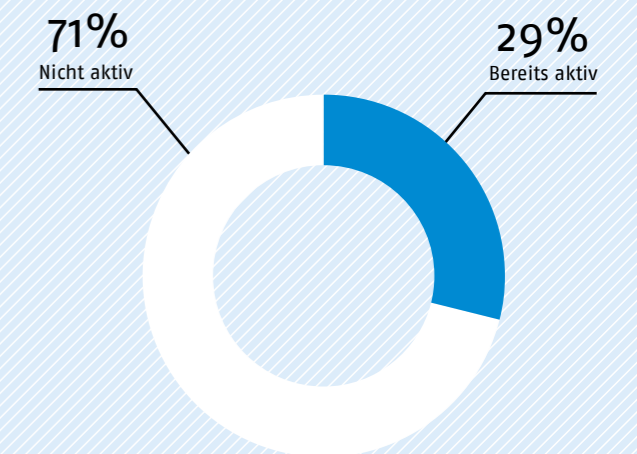
Aufmerksamkeit auf die Entwicklungszusammenarbeit lenken

Immer mehr kommunale Unternehmen interessieren sich für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Nichtsdestotrotz sind sich nach wie vor zu wenige Akteure aus dem Kreis der Kommunalwirtschaft ihrer entwicklungspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten bewusst.

Eine Umfrage des VKU unter seinen Mitgliedsunternehmen ergab, dass 29% der befragten kommunalen Unternehmen entwicklungspolitisch aktiv sind. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl derjenigen Unternehmen, die sich ihrer internationalen Handlungsmöglichkeiten in der Entwicklungszusammenarbeit bewusst sind, nicht wesentlich höher ist.

Eine grundlegende Herausforderung in der kommunalwirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit ist das nach wie vor

Ist Ihr Unternehmen in entwicklungspolitischen Partnerschaften, Projekten oder Netzwerken aktiv?



Quelle: VKU-Umfrage "Internationales Engagement", Juli 2020

bestehende Wissensdefizit im Hinblick auf die kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Dieses Defizit gilt es, weiter abzubauen. Damit verbunden muss die Kommunalwirtschaft für ihre entwicklungspolitischen Möglichkeiten sensibilisiert und auf das Potential ihrer Expertise für die internationale Entwicklungszusammenarbeit aufmerksam gemacht werden.

Politische Rückendeckung

Für die Durchführung erfolgreicher Vorhaben und Projekte sowie den Aufbau tragfähiger und langfristiger internationaler Partnerschaften ist eine starke politische Rückendeckung essenziell für kommunale Unternehmen. Für die Kommunalwirtschaft und insbesondere für motivierte Betriebe muss klar sein, dass ihr Engagement auf allen politischen Ebenen unterstützt und bestärkt wird. Das schließt alle politischen Ebenen ein: von kommunalen Entscheidungsträgern bis hin zur Bundesregierung.

Eine starke Unterstützung und Befürwortung von Seiten der Politik verdeutlicht nicht nur die Bedeutung des Themas gegenüber Arbeitgebern, Angestellten und externen Akteuren, sondern schafft auch den Nährboden für langfristige entwicklungspolitische Aktivitäten.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Neben einer ausdrücklichen Befürwortung auf allen politischen Ebenen benötigen interessierte und engagierte kommunale Unternehmen vor allem Rechtsklarheit. Es liegt ausdrücklich nicht im Interesse des VKU, grundlegende rechtliche Rahmenbedingungen, wie bspw. das Gemeindefinanzrecht, zu verändern oder anzupassen. Vielmehr muss für die Kommunalwirtschaft klar sein, was innerhalb des bestehenden Rechtsrahmens möglich und umsetzbar ist. Das Rechtsgutachten der SKEW aus dem Jahr 2019 konnte hierbei bereits zahlreiche offene Fragen beantworten. Nichtsdestotrotz ergeben sich in der developmentpolitischen Praxis regelmäßig neue juristische Herausforderungen, wie beispielsweise die Beteiligung und Entlohnung von Fachexperten aus kommunalen Unternehmen in nicht-kommerzieller Weise an Ausschreibungen der GIZ.

Neben einer klaren Rechtslage braucht die Kommunalwirtschaft eine Anlaufstelle zur Klärung juristischer Fragestellungen.

Zielgruppenorientiertes Informationsangebot

Eng verbunden mit einer juristischen Beratung benötigen interessierte und engagierte Unternehmen auch zielgruppenorientierte Informationen, die auf die Bedürfnisse kommunaler Unternehmen zugeschnitten sind. Hierzu zählen unter anderem Informationen zu kulturellen und länderspezifischen Besonderheiten für den Austausch mit internationalen Partnern, Informationen über die Organisation der öffentlichen Daseinsvorsorge in anderen Ländern, Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich der interkulturellen Kompetenz oder Praxisleitfäden zur Initiierung, Planung und Umsetzung developmentpolitischer Projekte.

Darüber hinaus ist es vor allem bei langfristigen Projekten und Partnerschaften sinnvoll, die engagierten Unternehmen mithilfe von Workshops und Seminaren auf die internationale und interkulturelle Zusammenarbeit vorzubereiten.

Überblick über Angebote und Fördermöglichkeiten

Bei der Planung eines developmentpolitischen Engagements stellen sich spätestens bei der Finanzierung einige Fragen. Ohne entsprechendes Vorwissen oder einen Überblick über die relevanten Akteure gestaltet es sich für viele kommunale Unternehmen nicht immer einfach, die richtige Förderung für ihr Vorhaben zu identifizieren.

Hierbei ist eine zentrale Anlaufstelle für die Kommunalwirtschaft, die einen Überblick über relevante Förderlinien sowie Unterstützungs- und Beratungsangebote bietet, von entscheidender Bedeutung. Vor allem kleinere und developmentpolitisch unerfahrene Unternehmen sind bei der Planung und Initiierung internationaler Projekte auf eine zielgruppenorientierte und

aktuelle Übersicht zu Finanzierungsmöglichkeiten angewiesen. Die SKEW und die Agentur für Wirtschaft und Entwicklung zeigen bereits, wie es gehen kann.

Begrenzte Personalressourcen

Ein developmentpolitisches Engagement erfordert nicht nur finanzielle, sondern auch personelle Ressourcen. Das developmentpolitische Engagement muss sowohl geplant und verwaltet als auch vom entsprechenden Fachpersonal unter technischen Gesichtspunkten begleitet und umgesetzt werden. Für kommunale Unternehmen bedeutet dies in der Regel, dass sie Teile ihrer Belegschaft für developmentpolitische Aktivitäten abstellen müssen. Eine monetäre Unterstützung in Form von Förderungen kann zwar den finanziellen Aufwand entschädigen, nicht aber eine „Nicht-Verfügbarkeit“ wichtiger Personalressourcen kompensieren. Aus Sicht der Kommunalwirtschaft ist es daher essenziell, dass ein developmentpolitisches Engagement nicht aufgrund einer Überstrapazierung des Personalpools scheitert.

Während die Arbeit der technischen Fachexperten nicht von externer Seite übernommen werden kann, ergeben sich bei der administrativen Begleitung developmentpolitischer Tätigkeiten zwei Möglichkeiten, um engagierte Unternehmen zu entlasten. Zum einen kann der Verwaltungsaufwand von externen Stellen abgenommen werden. Der VKU unterstützt seine Mitgliedsunternehmen an dieser Stelle bereits unter anderem durch die Vermittlung von Kontakten. Andererseits sollten Förderprogramme, die unter anderem auch an die Kommunalwirtschaft gerichtet sind, zugleich die Förderung von Stellen beinhalten, deren Umfang am konkreten Projekt bemessen wird.

Sprachbarrieren

Sprachbarrieren erschweren die internationale Kommunikation. Auch wenn auf deutscher Seite Englischkenntnisse in den Betrieben weit verbreitet sind, gilt dies nicht unbedingt für internationale Partner.

Einerseits besteht auch hier die Möglichkeit, vor allem auf deutscher Seite Sprachkenntnisse im Rahmen von Workshops und Weiterbildungsprogrammen zu schulen. Daneben müssen Fördergeber bei der Bemessung des finanziellen Umfangs auch die Beauftragung, teils kostenintensiver, Dolmetscherangebote berücksichtigen. Vor allem in größeren Projektzusammenschlüssen oder in developmentpolitischen Partnerschaften und Langzeitprojekten unter Beteiligung mehrerer Akteure aus unterschiedlichen Sprachräumen kann ein gemeinsamer Austausch ohne Verdolmetschung nur sehr schwer erfolgreich durchgeführt werden.

So sehr die Corona-Pandemie die internationale Zusammenarbeit beeinträchtigt hat, so sehr hat sie auch Möglichkeiten und

Potentiale digitaler Formen der Zusammenarbeit offenbart und begünstigt.

Es ist zu erwarten, dass der digitale Austausch perspektivisch auch in der Entwicklungszusammenarbeit an Bedeutung gewinnen wird. Workshops und Beratungen können digital durchgeführt und der Austausch mit internationalen Partnern kann verstetigt und regelmäßiger organisiert werden. Vor allem für die Kommunalwirtschaft birgt die Digitalisierung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit großes Potential.

Um diese bestmöglich umsetzen und gewinnbringend in die internationale Zusammenarbeit einbringen zu können, benötigt sowohl die internationale als auch die deutsche Seite technische Unterstützung, das erforderliche Know-how und die notwendige Hard- und Software. Perspektivisch gilt es, dies in der Ausgestaltung von Förder- und Beratungsangeboten zu berücksichtigen.

Unkompliziertes Engagement ermöglichen

Developmentpolitische Aktivitäten gehören nicht zum Kerngeschäft kommunaler Unternehmen. Deshalb müssen developmentpolitische Projekte und Angebote, die sich an kommunale Unternehmen richten, möglichst unkompliziert und flexibel ausgestaltet sein. Interessierte Unternehmen sollten stets die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen ihrer Kapazitäten und Interessen an der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu beteiligen. Dies bezieht sich sowohl auf die konkreten Schwerpunkte developmentpolitischer Aktivitäten als auch auf die Intensität des kommunalwirtschaftlichen Engagements.

Eine besonders niedrigschwellige und vergleichsweise unkomplizierte Möglichkeit für ein developmentpolitisches Engagement bietet ein internationaler **Fachkräfteaustausch**. Beispielsweise können Mitarbeiter von Versorgungs- und Entsorgungsbetrieben in deutschen kommunalen Unternehmen hospizieren und das erlernte Wissen als Multiplikator in Entwicklungs- und Schwellenländern einbringen. Damit einhergehend können auch deutsche Fachkräfte die Arbeit eines internationalen Partnerunternehmens kennen lernen. Sowohl im Zusammenhang mit langfristigen Partnerschaften als auch in Form punktueller Kooperationen sollte von der Möglichkeit eines Fachkräfteaustausches vermehrt Gebrauch gemacht werden.

Lokale, nationale und internationale Stakeholder sensibilisieren

Internationale und nationale Organisationen, staatliche Institutionen und Kommunen sind bereits seit langer Zeit in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit engagiert. Oftmals wird dabei vergessen, die Kommunalwirtschaft vor Ort und das dort vorhandene Know-how mit einzubeziehen. Gerade in engagierten Kommunen bietet es sich an, über entwicklungs-

politische Projekte in Zusammenarbeit mit den lokalen Versorgungs- und Entsorgungsbetrieben nachzudenken. Gleiches gilt auch für nationale und internationale Akteure, die in einschlägigen developmentpolitischen Projekten über eine Berücksichtigung des kommunalwirtschaftlichen Know-hows nachdenken können.

10 PUNKTE DES VKU Entwicklungspolitik für kommunale Unternehmen noch attraktiver gestalten

- 1 Aufmerksamkeit bei kommunalen Unternehmen erhöhen
- 2 Politische Rückendeckung auf allen Ebenen
- 3 Rechtssicherheit für kommunale Unternehmen
- 4 Zentrale Übersicht über Förderungen, Angebote und Projekte
- 5 Zielgruppen- und bedarfsorientiertes Beratungs-, Informations- und Förderangebot
- 6 Begrenzte Personalressourcen bei kommunalen Unternehmen berücksichtigen
- 7 Aus- und Weiterbildungsangebote für die Kommunalwirtschaft
- 8 Unkompliziertes Engagement ermöglichen
- 9 Nachhaltige Beschaffung umsetzbar, einfach und attraktiv gestalten
- 10 Zentrale Akteure auf Potential der Kommunalwirtschaft hinweisen



Menschen sammeln Ressourcen von einer riesigen Müllhalde in Maputo, Mosambik

Beide Fälle erfordern, dass das entwicklungspolitische Potential der Kommunalwirtschaft kommunalen und staatlichen Entscheidungsträgern sowie weiteren zentralen Akteuren in der Entwicklungszusammenarbeit bekannt ist. Hier bedarf es nach wie vor weiterer Informationsmaßnahmen, um die kommunalwirtschaftlichen Möglichkeiten in der Entwicklungspolitik nicht nur in den Unternehmen, sondern auch bei weiteren relevanten Stakeholdern bekannter zu machen.

Darüber hinaus muss auch die Zivilgesellschaft in besonderer Weise für das entwicklungspolitische Engagement kommunaler Unternehmen sensibilisiert werden. Immer wieder herrscht die Sorge, dass entwicklungspolitische Aktivitäten über Gebühren und Einnahmen querfinanziert werden. Es muss deswegen darüber aufgeklärt werden, dass aus einem entwicklungspolitischen Engagement keine Nachteile für die Versorgung oder die Gebührenbemessung in den Kommunen entstehen.

Nachhaltige Beschaffung vereinfachen

Durch nachhaltiges Handeln und die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien in Beschaffungsprozessen können kommunale Unternehmen auch aus Deutschland die Lebens-, Arbeits- und Lohnbedingungen in Entwicklungs- und Schwellenländern verbessern. Die Kommunalwirtschaft ist sich hier ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung bewusst. Auch der

VKU unterstützt seine Mitglieder dabei, ihre Beschaffungsprozesse noch nachhaltiger zu gestalten. Denn: Nachhaltige Beschaffung und die Berücksichtigung unterschiedlichster Nachhaltigkeitskriterien sind vor allem für kleinere Unternehmen nicht immer einfach. Angesichts einer Vielzahl von Nachweisen und Kriterien kann es sich sehr schwierig gestalten, den Überblick im Siegel-dschungel zu behalten.

Darüber hinaus bestehen weitere Herausforderungen. Beispielsweise lässt sich hier das derzeit sehr übersichtliche Sortiment nachhaltig produzierter und gehandelter Berufs- und Arbeitskleidung nennen.

Die Notwendigkeit einer sozial- und umweltverträglichen Beschaffung und die Bedeutung nachhaltiger Liefer- und Wertschöpfungsketten sind unbestritten. Vor allem kleine Unternehmen dürfen aber nicht mit Regularien über Gebühr belastet werden. Der VKU setzt sich daher dafür ein, dass kommunale Unternehmen ohne einen unverhältnismäßigen Zusatzaufwand nachhaltige Kriterien bei ihren Beschaffungsprozessen berücksichtigen können. Dies gilt darüber hinaus auch allgemein für jegliches Nachhaltigkeitsengagement im Kreise der Kommunalwirtschaft. Nachhaltiges Verhalten darf nicht aufgrund eines zu hohen Aufwandes oder aus Furcht vor wirtschaftlichen Nachteilen unattraktiv sein.

5.2 Wie sieht die Zukunft aus?

Zunehmendes Interesse – zunehmender Bedarf

In den vergangenen Jahren konnte ein zunehmendes Interesse am Thema Entwicklungspolitik in der Kommunalwirtschaft festgestellt werden. Dies liegt einerseits an der geschaffenen Rechtssicherheit und der zunehmenden Wahrnehmung auf politischer Ebene. Andererseits wurden kommunale Unternehmen in ihrem Engagement und bei der Initiierung entwicklungspolitischer Aktivitäten zunehmend unterstützt. Neben der SKEW wurde das Thema auch von Seiten des VKU intensiv begleitet.

Es ist zu erwarten, dass entwicklungspolitische Aktivitäten von Seiten der Kommunalwirtschaft perspektivisch zunehmen werden. Gleichzeitig werden mehr kommunale Unternehmen auch aus eigener Kraft und Initiative entwicklungspolitische Aktivitäten und Engagements anstoßen und umsetzen.

Parallel dazu lässt sich von verschiedenster Seite ein zunehmender Bedarf an kommunalwirtschaftlicher Expertise in der Entwicklungszusammenarbeit ausmachen. Projekte zur Verbesserung der Wasserversorgung, zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Etablierung einer professionellen Kreislaufwirtschaft oder zur Verbesserung des Umweltschutzes in Entwicklungs- und Schwellenländern – an vielen Stellen ist die Expertise und Erfahrung kommunaler Unternehmen eine wertvolle Ressource.

Diverse internationale und nationale Stakeholder in der Entwicklungszusammenarbeit haben dieses Potential bereits erkannt und zeigen ein zunehmendes Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Kommunalwirtschaft.

Langfristige und institutionalisierte Partnerschaften

Die internationale Zusammenarbeit mit Akteuren in Entwicklungs- und Schwellenländern kann vor allem in langfristig ausgelegten und institutionalisierten Formen der Zusammenarbeit ihre volle Wirkung entfalten und nachhaltige Erfolge erzielen. Partnerschaften können vertieft, ein Verständnis für die Voraussetzungen in anderen Ländern geschaffen und umfangreiche Planungs-, Organisations- und Verwaltungsprozesse effizienter gestaltet werden. Digitale Möglichkeiten und Strukturen, die in der Corona-Pandemie geschaffen und etabliert wurden, erleichtern einen regelmäßigen und intensiveren Austausch in internationalen Partnerschaften.

Unternehmen, die langfristige Partnerschaften knüpfen oder sich in institutionalisierten Kooperationsformen engagieren, müssen deshalb weiterhin unterstützt und bestärkt werden. Gleichzeitig gilt es, die Aufmerksamkeit bereits entwicklungspolitisch aktiver Betriebe auf langfristige Formate zu lenken. Der VKU wird sich deshalb weiterhin im Projekt Betreiberplattform sowie in

der PREVENT Abfall Allianz engagieren, diese mitgestalten und im Kreis der Kommunalwirtschaft dafür werben. Darüber hinaus wird der VKU auch auf die Initiierung weiterer vergleichbarer oder die Ausdehnung bestehender Formate hinwirken.

Punktuelle Kooperationen

Neben strategischen Kooperationen und langfristigen Partnerschaften wird auch die Bedeutung punktueller und vergleichsweise unkomplizierter Projekte für kommunale Unternehmen zunehmen.

Nicht nur, weil diese für kleinere und mittlere Unternehmen eine attraktive Möglichkeit bieten, sich mit begrenzten Kapazitäten und einem vergleichsweise geringen Verwaltungs- und Personalaufwand entwicklungspolitisch zu engagieren, sondern auch, weil dies für zahlreiche Stakeholder in der Entwicklungszusammenarbeit ein besonderes Potential bietet, um die Expertise der Kommunalwirtschaft punktuell und kurzfristig in bestehende Projekte einfließen zu lassen.

Darüber hinaus bieten zeitlich begrenzte und weniger umfangreiche Projekte einen idealen Einstieg in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit und sind nicht selten Ausgangspunkt für Folgeaktivitäten und internationale Partnerschaften.

Themenvielfalt

Derzeit befasst sich die überwiegende Menge entwicklungspolitischer Projekte unter Beteiligung kommunaler Unternehmen mit den Themen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie der Abfall- und Kreislaufwirtschaft. Das Know-how der Kommunalwirtschaft ist jedoch wesentlich breiter und wird sich perspektivisch auch in der Entwicklungszusammenarbeit widerspiegeln. Ob in den Sparten Energie und Telekommunikation oder in Querschnittsbereichen wie Personal, Betriebsorganisation, Digitalisierung oder Versorgungssicherheit – die Themenvielfalt in der kommunalwirtschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit wird perspektivisch zunehmen. Darüber hinaus werden sich auch innovative Ansätze und Zukunftsthemen wie Wasserstoff oder Smart Grid vermehrt in internationalen Projekten wiederfinden.

Akteursvielfalt

Themen- und Akteursvielfalt bedingen sich gegenseitig. Daraus resultierend wird auch die Anzahl der beteiligten Akteure, mit denen kommunale Unternehmen in entwicklungspolitischen Projekten und Aktivitäten engagiert sind, perspektivisch zunehmen. Aufgrund der anwachsenden Themenbreite in internationalen Kooperationen, der starken Interdependenz zwischen verschiedenen Sektoren sowie aufgrund des zunehmend komplexen Charakters entwicklungspolitischer Projekte wird dies auch notwendig sein.

Die kommunalwirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit der Zukunft ist:

- Intensiver und umfangreicher
- Strategischer und institutionalisierter
- Punktueller und flexibler
- Vielfältiger und umfassender
- Digitaler und innovativer

Folglich werden entwicklungspolitisch aktive kommunale Unternehmen vermehrt mit staatlichen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteuren zusammenarbeiten. Diese Entwicklung bietet den Vorteil, dass unterschiedliche Perspektiven und vielfältiges Fachwissen in entwicklungspolitische Projekte eingebracht werden können. Darüber hinaus wird auch die Arbeit in internationalen Projekten auf mehreren Schultern verteilt sein.

5.3 Die Arbeit des VKU

Zusammenarbeit mit Akteuren der Entwicklungspolitik

Der VKU steht in engem Kontakt mit nationalen und internationalen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit. Dabei werden die Themen und Positionen der kommunalen Betriebe in der Entwicklungszusammenarbeit in unterschiedliche Formate eingebracht und an die zentralen Stakeholder in der deutschen Entwicklungspolitik kommuniziert.

Darüber hinaus beteiligt sich der VKU an einer Vielzahl entwicklungspolitischer Austauschformate und Initiativen. Beispielhaft zu nennen sind hierbei unter anderem das Engagement zur Entwicklung und Durchführung des Projekts „Betreiberplattform zur Stärkung von Partnerschaften kommunaler Unternehmen weltweit“ oder die Co-Leitung der Arbeitsgruppe 4 „Rahmenbedingungen für Abfall- und Kreislaufwirtschaft auf kommunaler Ebene“ der PREVENT Abfall Allianz.

Die PREVENT Abfall Allianz ist ein Zusammenschluss von Organisationen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und staatlichen Institutionen. Sie dient als Plattform für Austausch und Kooperation und trägt dazu bei, Abfälle weltweit zu minimieren, Schadstoffe zu eliminieren und Ressourcen zu schonen. prevent-waste.net



Information und Öffentlichkeitsarbeit

Das Engagement und das Potential kommunaler Unternehmen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sind in der Öffentlichkeit vergleichsweise wenig bekannt. Der VKU informiert nicht nur seine Mitgliedsunternehmen über Möglichkeiten und Bedingungen in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, sondern macht auch die Öffentlichkeit auf die entwicklungspolitischen Erfolge und das Engagement der kommunalen Betriebe aufmerksam.

Leistungen für die Mitglieder

Der VKU fördert entwicklungspolitische Aktivitäten ebenso wie das Nachhaltigkeitsengagement seiner Mitgliedsunternehmen. Im Rahmen unterschiedlicher Angebote werden kommunale Unternehmen auf ihre entwicklungspolitischen Möglichkeiten aufmerksam gemacht und beim Einstieg in die Entwicklungszusammenarbeit unterstützt. Dies umfasst das Knüpfen von Kontakten ins Ausland, die Definition und Ausgestaltung von Projektideen sowie rechtliche Beratungsleistungen und die Identifikation geeigneter Förderungen. Darüber hinaus werden auch bereits engagierte kommunale Unternehmen in ihren Aktivitäten weiter unterstützt. Neben der Entwicklungszusammenarbeit umfasst dies auch den Aspekt der unternehmerischen Nachhaltigkeit in den VKU-Mitgliedsbetrieben, insbesondere die Berücksichtigung fairer und ökologisch nachhaltiger Vergabekriterien im Beschaffungsprozess.

Interessierte Unternehmen können sich jederzeit auf der Website des VKU im Bereich „Daseinsvorsorge International“ über das entwicklungspolitische Engagement der Kommunalwirtschaft, Neuigkeiten aus der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sowie Projekte, Angebote und Förderungen unterschiedlichster Anbieter informieren. Weiterführende Fragen können an den Koordinator kommunaler Entwicklungspolitik beim VKU gerichtet werden.



Weitere Informationen zum entwicklungspolitischen Engagement des VKU und seiner Mitglieder stehen auf seiner Homepage unter der Rubrik „Daseinsvorsorge International“ zur Verfügung:
www.vku.de/themen/daseinsvorsorge/daseinsvorsorge-international/

Für weitere Fragen und Anregungen sind die Zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des VKU unter folgender Email-Adresse erreichbar:
internationales-engagement@vku.de

Perspektive

Verbunden mit dem zunehmenden Engagement und Interesse der Kommunalwirtschaft an der Entwicklungszusammenarbeit wird sich auch der VKU weiterhin strategisch mit der kommunalen Entwicklungspolitik befassen. Dies schlägt sich auch in der Verbandsstrategie 2030 des VKU nieder, in die erstmals die kommunale Entwicklungszusammenarbeit als Zukunftsthema aufgenommen wurde.

Folglich wird sich der VKU weiterhin entwicklungspolitisch engagieren sowie engagierte und interessierte Mitgliedsunternehmen unterstützen. Daraus ergeben sich vorrangig folgende Handlungsfelder, in denen der VKU einen Beitrag zum internationalen Engagement der Kommunalwirtschaft leistet:

- 1 Hinwirkung auf die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für engagierte kommunale Unternehmen
- 2 Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit
- 3 Verbandsengagement in internationalen Projekten, Vorhaben, Konsortien und Partnerschaften
- 4 Leistungen für entwicklungspolitisch engagierte und interessierte VKU-Mitgliedsunternehmen
- 5 Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zum Engagement der Kommunalwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit

Dazu bietet der VKU im Rahmen einer eigens für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit eingerichteten Personalstelle einen zentralen Anlaufpunkt für interessierte und engagierte Mitgliedsunternehmen sowie internationale, nationale und kommunale Akteure der Entwicklungszusammenarbeit.

VKU Verlag: Wir wissen wie es geht! Hohe inhaltliche Branchenexpertise gepaart mit modernem Design.

Als Verlagshaus des Verbandes kommunaler Unternehmen entwickeln wir Content rund um die Themen Energiewirtschaft, Wasser / Abwasser, Abfallwirtschaft, Breitband, Mobilität und Daseinsvorsorge.

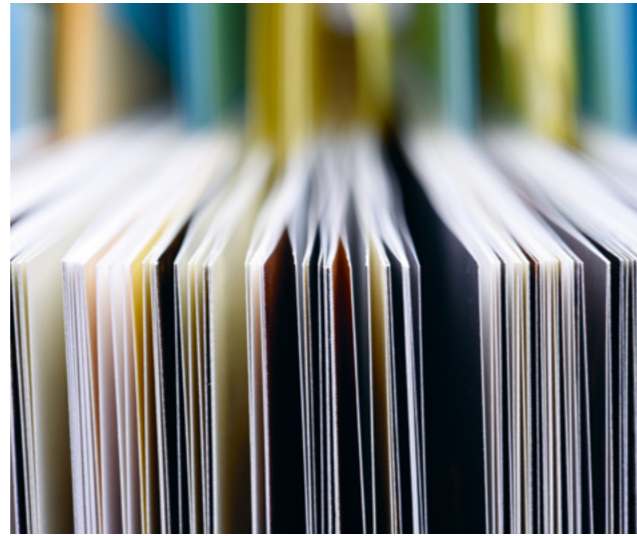
Unser Plus: Journalistisches Können kombiniert mit einem direkten Zugang zu 1.500 kommunalen Unternehmen in Deutschland. Wir bieten breites Branchenwissen und überzeuge mit hoher Qualität.

Wir kennen die Zielgruppe wie kein zweiter und wissen, welche Themen und welche Tonalität verfangen. Gern stehen wir Ihnen mit unserem **Know-how in Redaktion und Gestaltung** zur Seite.

Mehr zu unserem Angebot finden Sie auf unserer Webseite sowie in unserem digitalen Bücherladen:



www.vku-verlag.de



KONTAKT

VKU Verlag GmbH

Invalidenstraße 91, 10115 Berlin

Fon +49 30 58580-0

info@vku-verlag.de



IMPRESSUM

Herausgeber

Verband kommunaler Unternehmen e. V. (VKU)
Invalidenstraße 91, 10115 Berlin
Fon +49 30 58580-0, Fax +49 30 58580-100
www.vku.de, info@vku.de

Gestaltung und Produktion

VKU Verlag GmbH, Berlin, Invalidenstraße 91, 10115 Berlin
Fon +49 30 58580-850, Fax +49 30 58580-6850

Zitierhinweis

Verband kommunaler Unternehmen e. V., 2021:
Kommunal verankert, weltweit engagiert: Die deutsche
Kommunalwirtschaft in der internationalen Entwicklungs-
zusammenarbeit, Berlin

Bildnachweis

Titel und Seite 25: 1xpert/stock.adobe.com
Seite 4: BMZ Pool/Janine Schmitz/photothek.netz
Seite 6: VKU/Chaperon
Seite 8: Krumanop/stock.adobe.com
Seite 11 und 17: Sebastian/stock.adobe.com
Seite 14: Martinseb/stock.adobe.com
Seite 16: Boonchok/stock.adobe.com
Seite 18: Hecke71/stock.adobe.com
Seite 19: Paltu/stock.adobe.com
Seite 21: Poco_bw/stock.adobe.com
Seite 22: Kriss75/stock.adobe.com
Seite 26: Akarawut/stock.adobe.com
Seite 30: Styleuneeed/stock.adobe.com
Seite 34: Eunikas/stock.adobe.com
Seite 36: EyeEm/stock.adobe.com

ISBN: 978-3-87750-929-6

© VKU Verlag GmbH Mai 2021

